

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

Preis 1 DM

CHILE:

'Friedlicher Übergang' zum Sozialismus ?

**REVISIONISMUS
KRITIK**

5

INHALT

Das Konzept der "Volksregierung"	Seite 1
Zusammenstoß in Concepcion	Seite 4
Verstaatlichung und Sozialismus	Seite 5
Der "legale Weg"	Seite 8
"Freiheit der Presse"	Seite 10
Erhaltung der bürgerlichen Bürokratie	Seite 10
Illusionen über das chilenische Militär	Seite 11
Die Unidad Popular und die "Linksradikalen"	Seite 15
Aus der Geschichte lernen !	Seite 18
Absage an alle Abenteurer	Seite 19

Vorbemerkung

Am 31. Oktober ist die chilenische Regierung unter Präsident Allende das zweite Mal innerhalb weniger Monate geschlossen zurückgetreten. Allende will eine neue Regierung der Unidad Popular bilden. Nach den ersten Presse- und Rundfunkmeldungen sollen dabei auch hohe Offiziere der chilenischen Armee in die Regierung aufgenommen werden, um - wie es heißt - "die Ruhe im Land wiederherzustellen". Es scheint, daß dieser Schritt von Allende selbst, von der bürgerlichen Radikalen Partei und von der revisionistischen KP Chiles befürwortet wird. Die sozialistische Partei ist offenbar gegen eine Militär-Beteiligung an der Regierung.

Die chilenische Reaktion hat in den letzten Wochen ihre Offensive gegen die Unidad Popular ungeheuer verstärkt. Die Fuhrunternehmer legten einen beträchtlichen Teil des Transportnetzes lahm und sabotierten damit die Lebensmittelversorgung der Städte. Ärzte, Anwälte, Ingenieure, Architekten, Lehrer, Lotsen, Piloten und Bankangestellte verweigerten ihre Berufsausübung. Damen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums gingen auf die Straße und trommelten mit Löffeln auf ihre "leeren Kochtöpfe", die sie sonst nur von ihren Dienstmädchen anfassen lassen. Begleitet wurden diese bourgeois "Umzüge gegen die Lebensmittelknappheit" von rechtsradikalen Schlägertrupps. Innerhalb von zwei Wochen führten rechtsradikale Horden 59 Terroranschläge durch, darunter der Versuch, die Eisenbahnlinie zwischen Santiago und der Hafenstadt Valparaiso in die Luft zu sprengen.

Hinter diesen Unruhen steht das alte Konzept der Kapitalisten, durch infame Lügen, Demagogie und arbeiterfeindliche Hetze Teile der Bevölkerung gegeneinander aufzustacheln, das Konzept des Bürgerkrieges. Ihre Truppen stellt die Bourgeoisie dabei vor allem aus Angehörigen der Mittelschichten zusammen, die von den herrschenden Klassen zu diesem Zweck mit korumpierenden Privilegien und Kommandofunktionen gegenüber der Arbeiterklasse ausgestattet werden, deren zwiespältige gesellschaftliche Lage demzufolge ein entsprechendes "Standesbewußtsein" in ihnen erzeugt, daß den Nährboden zur Aufnahme faschistischer Ideologie abgibt. Die Situation ist anders, aber das gleiche Konzept lag der Nazi-Bewegung in der Weimarer Republik zugrunde und das gleiche Konzept wird heute in der Bundesrepublik von den Kapitalisten und ihren Sprachrohren bei der Hetze gegen "linke Terroristen" und gegen Ausländer angewandt.

Im März nächsten Jahres finden Parlamentswahlen in Chile statt. Bis dahin werden die herrschenden Klassen die reaktionären Unruhen und die Hetze gegen die Unidad Popular mit Sicherheit noch sehr viel weiter schüren. Es scheint, daß die herrschenden Klassen auf einen Wahlsieg der Rechtsparteien hoffen, womit sie dem beabsichtigten Sturz der Volksfront-Regierung eine "demokratische Legitimation" anheften könnten.

Angesichts dieser Entwicklung ist die Auseinandersetzung mit der Konzeption der Unidad Popular vom "friedlichen Übergang zum Sozialismus" immer dringender. Chile gilt als Musterbeispiel für eine Entwicklung, die von den revisionistischen Parteien in allen kapitalistischen Ländern angestrebt wird. Es geht bei der Auseinandersetzung über den "chilenischen Weg" also auch um das Problem der Arbeiterbewegung bei uns: Auf welchem Weg ist die endgültige Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung möglich?

Dabei ist natürlich zu beachten, daß die konkreten Bedingungen in den verschiedenen Ländern gegenwärtig unterschiedliche Aufgaben stellen und man nicht in Dogmatismus verfallen darf, schematisch Kampfbedingungen und konkrete Schritte aus einem Land in ein anderes zu übertragen. Unabhängig von den Besonderheiten der Entwicklung in Chile stellen sich dort aber eine Reihe grundsätzlicher Fragen, die schon häufiger in der internationalen Arbeiterbewegung aufgeworfen wurden und allgemeine Bedeutung haben.

Die vorliegende Broschüre setzt sich mit der von der Unidad Popular vertretenen Konzeption des "friedlichen Übergangs zum Sozialismus" auseinander. Der Text wurde bereits vor einigen Wochen erstellt, sodaß er die letzten Ereignisse, die zum erneuten Regierungsrücktritt führten, nicht mit einbezieht. Insgesamt sind die Informationen, die über die tatsächliche Entwicklung in Chile zu uns gelangen, sehr begrenzt. Wir mußten uns größtenteils auf eine Analyse der Berichte in der bürgerlichen Presse und der von den Revisionisten herausgegebenen Schriften stützen, die selbst nicht allzu viel konkrete und belegte Tatsachen enthalten.

CHILE: 'Friedlicher Übergang' zum Sozialismus?

Das Konzept der „Volksregierung“

Ende Juni 72 bildete der chilenische Präsident Allende sein Regierungskabinett um. Wichtigste Änderung ist die Ablösung des bisherigen Wirtschaftsministers Pedro Vuskovic durch Carlos Matus. Das Ausscheiden Vuskovics, der einen "harten Kurs" bei der Kapitalisten-Enteignung verfolgte, war eine Konzession der Regierung an die in- und ausländischen Konzerne und wurde von den oppositionellen Christdemokraten Chiles zustimmend beklatscht.

Die Regierungsbildung vom Juni ist kennzeichnend für die gegenwärtige Situation der Unidad Popular: Der "chilenische Weg zum Sozialismus" befindet sich in einer tiefgehenden Krise. Nur ist die Ursache dafür nicht ein "Scheitern der sozialistischen Wirtschaftspolitik", wie die bürgerliche Presse auf der ganzen Welt lauthals triumphiert. Die Ursache dieser Krise liegt im Gegenteil darin, daß die in- und ausländische Konterrevolution eine sozialistische

Entwicklung mit allen verfügbaren Mitteln zu sabotieren versucht - und die "Regierung der Volkseinheit" andererseits nicht bereit ist, die Manöver der Konterrevolution mit der nötigen Härte niederzuschlagen und die Herrschaft tatsächlich in die Hände der Arbeiter zu geben.

Lange Zeit hat die "Regierung der Volkseinheit" die Gefahren, die dem chilenischen Volk von der Konterrevolution drohen, leichtfertig heruntergespielt. In einer Rede vom Januar dieses Jahres meinte der Generalsekretär der KP Chiles, Luis Corvalan, daß die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes bereits "gründlich umgekrempelt" sei. (1) Volodia Teitelboim, Politbüro-Mitglied der KP Chiles, sagte schon ein knappes dreiviertel Jahr nach Amtsantritt der Allende-Regierung, daß "Veränderungen verwirklicht" seien, "die nicht wieder ausradiert werden können". (2)

Die Führung der Unidad Popular erweckte den Eindruck, daß die Konterrevolution in Chile keine Chance zur "Rückeroberung der Macht" mehr hätte - wo sie die Macht noch gar nicht ganz verloren hat und der Staatsapparat beileibe noch nicht in der festen Hand der Arbeiter ist. Es wurde sogar behauptet, die Reaktion hätte "verstanden", daß "sich die Zeiten geändert haben". (3) Hinweise darauf, daß die Konterrevolution noch lange nicht geschlagen ist, sondern im Gegenteil immer fieberhafter gegen das chilenische Volk rüstet, wurden einfach als Übertreibungen und Hirngespinnste "ultralinker Abenteuer" abgetan.

Mittlerweile scheinen die Führer der Unidad Popular sich aber einen realistischeren Einschätzung der Gefahren nicht mehr ganz entziehen zu können. Im März dieses Jahres beschloß die erweiterte Plenartagung des Zentralkomitees der KP Chiles einen "Appell an das Volk", in dem auf die Verschwörung der Reaktionäre und Imperialisten aufmerksam gemacht wird. Es heißt darin: "Die reaktionären Manöver sind Teil der erbitterten Offensive der Rechten und des Imperialismus, mit dem Ziel, den revolutionären Prozeß zu lähmen und letzten Endes die Volksregierung des Präsidenten Allende zu stürzen ... Die Lage ist sehr ernst." (4)

Diese realistischere Einschätzung der drohenden Gefahr hat die Allende-Regierung bislang aber nicht dazu geführt, der sich rüstenden Konterrevolution energischer entgegenzutreten. Sie hat im Gegenteil zu größerer "Konzessionsbereitschaft", zum Zurückweichen vor der Bourgeoisie geführt, wovon die Regierungsumbildung nur ein Ausdruck ist. Die Unidad Popular klammert sich weiterhin an ihr Konzept vom "friedlichen Übergang zum Sozialismus" und erklärt immer wieder, daß sie die "Konfrontation vermeiden" will. Die Politik der "Vermeidung der Konfrontation" hat die internationale Arbeiterbewegung bislang nur in Niederlagen geführt. Trotz dieser jahrzehntealten Erfahrung war sie aber von vornherein im Programm der Unidad Popular angelegt.

Die Unidad Popular hat im Dezember 1969 ihr Programm vorgelegt, das ab der Regierungsbildung im November 70 in Angriff genommen wurde. Darin wird Chile als ein kapitalistisches Land beschrieben, "vom Imperialismus abhängig, beherrscht von Teilen der Bourgeoisie, die strukturell mit dem ausländischen Kapital verbunden sind und die Grundprobleme des Landes nicht zu lösen vermögen". Als Folge der Entwicklung des Weltkapitalismus ergibt sich die nationale Monopolbourgeoisie immer mehr dem Imperialismus ... In Chile sind die reformistischen 'Entwicklungs'-Rezepte, welche die 'Allianz für den Fortschritt' propagiert und die Regierung Frei zu den ihren gemacht hat, gescheitert und haben nichts Wichtiges geändert ... Die einzige Alternative, welche tatsächlich dem Volk entspricht, und daher die Grundaufgabe, welche eine Volksregierung vor sich hat, besteht darin, mit der Herrschaft der Imperialisten, der Monopole, der Großgrundbesitzer-Oligarchie Schluß zu machen und den Aufbau

des Sozialismus zu beginnen ... Die revolutionären Veränderungen, die das Land braucht, werden sich nur verwirklichen lassen, wenn das chilenische Volk die Macht in seine Hände nimmt und sie tatsächlich und effektiv ausübt." (5)

Die "Volksregierung", die im Programm der Unidad Popular gefordert wurde und heute seit zwei Jahren existiert, ist eine Mehrparteien-Regierung: "Sie wird sich aus allen revolutionären Parteien, Bewegungen und Strömungen zusammensetzen. Es wird sich also um eine wahrhaft demokratische, repräsentative und zusammenhängende Exekutive handeln." - heißt es dazu im Programm. (6)

Die Parteien der Volksregierung
"Alle revolutionären Parteien, Bewegungen und Strömungen": Dazu werden nicht nur die Kommunistische Partei, die Sozialistische Partei und die MAPU ("Bewegung der einheitlichen Volksaktion") gezählt, deren größte Anhängerschaft unter den Industriearbeitern und unter den armen und landlosen Bauern zu finden ist, die also von ihren objektiven Interessen her tatsächlich revolutionäre Klassen und Schichten "repräsentieren". Als "revolutionäre Partei" im Sinne des Programms der Unidad Popular gilt z. B. auch die Radikale Partei, die ihre Basis vor allem im selbständigen Mittelstand (Kleinunternehmer, Kleinhandel, Handwerk) sowie in der Beamtschaft und unter den mittleren und höheren Angestellten hat. Diese Partei hat noch zwischen 1958 und 1964 die rechtsgerichtete Regierung unter Jorge Alessandri (Nationale Partei) unterstützt - eine Regierung, die dem chilenischen Volk mehr noch als die nachfolgende christdemokratische Frei-Regierung jegliche politische und soziale Reform verweigerte. Hier handelt es sich nicht darum, daß die Radikale Partei sich nur 5 Jahre (!) später von einer Partei der Bourgeoisie zu einer "revolutionären" Partei gewandelt hätte. Hier handelt es sich darum, daß die Unidad Popular das Prädikat "revolutionär" recht "freizügig" auslegt, um die unterschiedlichen Interessen, die von den Parteien des Bündnisses repräsentiert werden, unter einen Hut zu bringen. Die aus der Radikalen Partei abgespaltene "Radikale Linkspartei", die noch eine zeitlang die "Regierung der Volkseinheit" unterstützte, hat sich inzwischen auch wieder offen ins Lager der Rechten geschlagen. Die kleine Sozialdemokratische Partei, die ebenfalls Bündnispartner in der Unidad Popular ist, hat sich mit der Radikalen Partei vereinigt.

Wenn ein breites Volksbündnis zum Kampf gegen den Imperialismus geschlossen wird, so hängt der Sieg davon ab, ob die konsequentesten antiimperialistischen Interessen, nämlich die Interessen der Arbeiterklasse, die führende Rolle in diesem Bündnis einnehmen. Die Interessen der Arbeiter dürfen weder an die Interessen der am Bündnis beteiligten Kleinbourgeoisie ausgeliefert, noch mit ihnen verwischt werden. Das würde letztlich zum Scheitern des Kampfes führen.

Diese Sorgfalt lassen die "Arbeiterparteien" in der Unidad Popular vermissen. Grundlage für die Bündnispolitik der KP Chiles ist eine Resolution, die der XIV. Parteitag der

KP Chiles 1969 (gut ein Jahr vor Bildung der Allende-Regierung) verabschiedete. Darin heißt es: "Wir streben die Schaffung eines dauerhaften Bündnisses an ... Wir treten dafür ein, daß jede linke Partei und Gruppierung ihren Beitrag zu den gemeinsamen und einheitlichen Anstrengungen leisten soll, von ihren eigenen Positionen ausgehend, daß sie dabei ihr eigenes Gesicht wahren und mit ihren Ideen und eigenen Ansichten nutzbringend mitwirken ... Die Einheit, die wir erstreben, erfordert die gegenseitige Loyalität, ständiges Streben zur Aktionseinheit, gemeinsames Wirken auf der Basis des Meinungsaustausches, der Annahme kollektiver Beschlüsse, der Ablehnung von Fraktionen innerhalb der Volkseinheit ... Wir hoffen, daß die Meinungsverschiedenheiten, die uns trennen, niemals (!) unsere gemeinsamen Beziehungen in Gefahr bringen und wir uns als fähig erweisen, das Schwergewicht auf das zu legen, was uns eint, und nicht auf die Konfliktspekte, wie dies unglücklicherweise (!) mehrmals geschehen ist ... Wir Kommunisten meinen, daß alle Kräfte, die ihren Beitrag zum Kampf gegen Imperialismus und Oligarchie zu leisten imstande sind, ihren Platz im Rahmen der Volkseinheit einnehmen müssen. Nur so können wir eine Front schaffen, die imstande ist, die wahre (?) Revolution zu verwirklichen. Im Rahmen einer solchen Front verschmelzen (!) sich somit alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte ..." (7)

Von einer Durchsetzung der Arbeiterinteressen innerhalb dieses Bündnisses ist in der Resolution der KP Chiles nicht mehr die Rede. Stattdessen liefert sie von vornherein eine Verzichtserklärung auf den Kampf gegen bürgerliche und kleinbürgerliche Auffassungen und Interessen innerhalb der Unidad Popular.

Wenn die KP Chiles die "Ablehnung von Fraktionen innerhalb der Volkseinheit" propagiert und das Austragen von "Konfliktspekten" bedauert, soll das heißen, daß die Arbeiter auf die Durchsetzung ihrer Klasseninteressen verzichten sollen ?!

Wenn die KP Chiles den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elementen zubilligt, "ihr eigenes Gesicht (zu) wahren", soll das heißen, daß die bürgerliche Politik in der Unidad Popular ausschlaggebend sein soll ?!

Wenn die KP Chiles ein "dauerhaftes Bündnis" mit den Kleinproduzenten und Kleinhändlern anstrebt, soll das heißen, daß die Arbeiter die Wurzel kapitalistischer Produktion und Ausbeutung mit in den Sozialismus hineinschleppen sollen ?!

Wenn die KP Chiles die "Verschmelzung aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte" in der Unidad Popular beabsichtigt, soll das heißen, daß sie die Arbeiter zu einem neuen Arrangement mit der Bourgeoisie führen will ?!

Die KP Chiles und die Sozialistische Partei sind sehr stolz darauf, daß in der Unidad Popular nicht nur die Arbeiter und die unteren und mittleren Bauernschichten zusammengeschlossen sind, sondern daß sie auch von einem großen Teil der Kleinbourgeoisie gestützt wird, daß sie auch Zu-

stimmung bei "den objektiv gegen den Imperialismus oder gegen die Monopole stehenden Gruppen der kleinen und mittleren Industriellen und Gewerbetreibenden" (8) gefunden hat. Aber die Führer der Unidad Popular täuschen darüber hinweg, daß sich diese Kräfte aus völlig unterschiedlichen Interessen und mit sehr verschiedenen Absichten an der Unidad Popular beteiligen. Die Teile der chilenischen Bourgeoisie, die sich mit der Allende-Regierung einverstanden erklärten, wollen sich nur von der Übermacht der ausländischen Monopole befreien, um selbst freiere Hand bei der Ausbeutung des Volkes zu haben, um die Profite, die von den ausländischen Monopolen abgezogen werden in die eigene Tasche zu wirtschaften. Den Arbeitern und den armen und landlosen Bauern geht es hingegen um die Befreiung von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung.

Lenin vertrat die Auffassung, daß ein Bündnis der Arbeiter und Bauern mit den Teilen der einheimischen Bourgeoisie und der Kleinproduzenten im Kampf gegen den Imperialismus ausländischer Konzerne und Staaten und gegen die Überreste der alten Feudaleigentümer zeitweise nützlich sein kann - aber eben nur zeitweise. Denn die Interessen in diesem Bündnis laufen nur in diesem einen Punkt zusammen - und da müssen die Arbeiter schon aufpassen, daß "ihre" Bourgeoisie ihnen nicht schon bei diesem Kampf in den Rücken fällt. Lenin schrieb 1905, als die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland heranreifte:

Ein Sozialdemokrat darf den unvermeidlichen Klassenkampf des Proletariats für den Sozialismus gegen die Bourgeoisie und die Kleinbourgeoisie, mögen sie auch noch so demokratisch und republikanisch sein, nie und nimmer vergessen ... Daraus folgt, daß unser "vereint schlagen" mit der Bourgeoisie zeitweiligen Charakter trägt, daß wir die Pflicht haben, "auf den Verbündeten wie auf den Feind" scharf aufzupassen usw.

Diese Lehre wird von der KP Chiles nicht beherzigt. Mit einer Selbstverständlichkeit, als seien es schon seit eh und je die Prinzipien kommunistischer Bündnispolitik, erklärte Volodia Teitelboim, Politbüro-Mitglied der KP Chiles:

"Natürlich kämpfen augenblicklich die Kommunisten nicht für ihr eigenes Programm noch für ihre eigenen Ziele. Das gemeinsame Programm verpflichtet uns, und es ist recht breit." (9)

Also hat sich die KP Chiles auf ein Bündnis und auf ein Programm eingelassen, das sie daran hindert, ja das es ihnen verbietet, für den endgültigen Sturz der alten Ausbeuterherrschaft zu kämpfen ?! Oder von welchen "eigenen Zielen" sollte Teitelboim sonst sprechen, wenn er nicht das Klassenziel der Arbeiter meint ?!

Kommunisten können ihre Politik nirgends völlig "geradlinig" durchführen. Sie sind oft zu Kompromissen, zum Lavieren und zu taktischen Rückzügen gezwungen. Oberste Richtschnur ihrer Politik muß aber stets und überall das Interesse der Arbeiterklasse sein. Was die KP Chiles je-

doch in dieser Hinsicht praktiziert, schlägt den Interessen der Arbeiter voll ins Gesicht. Das hat nichts mehr mit Kompromissen zu tun, die durch das Kräfteverhältnis aufgezwungen sind, sondern das ist bereits die freiwillige und von blankem Opportunismus durchtränkte Prostitution gegenüber dem Klassenfeind. Die KP Chiles ist dabei offenbar sogar noch bemüht, sich gegenüber der Sozialistischen Partei als die "Versöhnler erster Klasse" zu profilieren.

Als die Christdemokraten beispielsweise im April 1971 unter dem Eindruck der von der Unidad Popular mit großer Mehrheit gewonnenen Gemeindevahlen mit einem demagogischen Trickversuchten, der Unidad Popular eine Zusammenarbeit in der Gesetzgebung anzubieten, hatte die KP Chiles nichts Eiligeres zu tun, als diesen "positiven Ansatz" zu begrüßen. Die Sozialistische Partei erkannte demgegenüber klarer, mit welcher hinterhältigen Methoden die Christdemokraten hier die Politik der Unidad Popular weiter fesseln wollten, und lehnten dies als einen "rein opportunistischen Schritt" ab. Mittlerweile ist die KP Chiles sogar schon soweit gegangen, Allende (der als Regierungspräsident der Sozialistischen Partei angehört) aufzufordern, sich um gemeinsame Vereinbarungen mit den Christdemokraten zur Ausschaltung der "Rechts- und Linksextremisten" zu bemühen. Die demagogische Gleichsetzung von "Rechts- und Linksextremisten" blieb bislang den Reaktionären und den sozialdemokratischen Führern vorbehalten, die damit schon allzu oft Verwirrung in die Reihen der Arbeiter getragen haben, sie an der klaren Erkenntnis ihrer tatsächlichen Feinde zu hindern versuchten und damit ihren Kampf schwächten. Auch die Politik von der "Vermeidung der Konfrontation" ist bekanntlich eine Ausgeburt des Sozialdemokratismus. In Deutschland hat die Sozialdemokratie mit dieser "Begründung" seinerzeit die notwendige Aktionseinheit mit der KPD gegen den Faschismus abgelehnt. Unter der Parole "Vermeidung der Konfrontation" sabotierte die Sozialdemokratie beispielsweise 1927 die Massendemonstration der Berliner Arbeiter gegen den faschistischen Stahlhelm-Aufmarsch - und unter dieser Parole ließ der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin zwei Jahre später die Mai-Demonstration auseinanderschießen.

Es hat sich gezeigt, daß mit der "Vermeidung der Konfrontation" immer wieder die Arbeiterbewegung gehehnt wurde. Umso schlimmer, wenn sich jetzt in Chile ähnliches anbahnt, und noch dazu unter Mitarbeit der KP Chiles. Den schändlichen Beweis dafür trat sie vor einigen Monaten an.

Zusammenstoß in Concepcion

Anfang Mai planten rechtsradikale Gruppen in der zweitgrößten Industriestadt Chiles, Concepcion, einen Auf-

marsch zugunsten der Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Im letzten Dezember hatten im Verlauf einer ähnlichen rechtsgerichteten Demonstration in Santiago faschistische Schlägerbanden das Haus des Gesundheitsministers gestürmt und mehrere Parteilokale der Linken zerstört. Es war demnach von vornherein klar, daß die Rechten hier erneut die Provokation suchten. Dennoch weigerte sich der Bürgermeister von Concepcion (Mitglied der KP Chiles) den Aufmarsch der Rechten zu verbieten.

Die örtlichen Sektionen der Parteien der Unidad Popular, mit Ausnahme der KP, meldeten daraufhin gemeinsam mit der außerparlamentarischen MIR eine Gegendemonstration an (MIR = "Bewegung der revolutionären Linken"; sie wird von den Führern der Unidad Popular als "ultralinke Abenteuer" heftig beföhdet). Jedoch: diese von den Interessen der Arbeiter getragene Gegendemonstration verbot der "kommunistische" Bürgermeister - um der "Vermeidung der Konfrontation" willen.

Mehrere der linken Gruppen hielten an der Gegendemonstration fest. Ja, aus Protest gegen die unerhörte Entscheidung des Bürgermeisters unterstützten jetzt noch weitere Organisationen den Aufruf zur Gegendemonstration: u. a. die regionale Sektion des Gewerkschaftsverbandes CUT, der regionale Bauernrat und fortschrittliche Schüler- und Studentenverbände. Also beileibe keine Aktion nur der "Ultralinken", sondern die Kampfbereitschaft des werktätigen Volkes gegen die Feinde des Volkes!

Angesichts dieser Entwicklung gab der "kommunistische" Bürgermeister sich "klassenneutral" und verbot beide Demonstrationen. Die Rechten hielten sich aber natürlich nicht daran und traten zu ihrem reaktionären Aufmarsch an. Als Arbeiter, Bauern und Studenten auf einer Massenversammlung davon erfuhren, zogen sie spontan zu einer Protestdemonstration durch die Straßen von Concepcion. Völlig in seiner revisionistischen Strategie von der "Vermeidung der Konfrontation" verfangen, ließ der Bürgermeister die Grupo Móvil (paramilitärische Polizei) ausrücken ... und gegen die Demonstration der revolutionären Arbeiter, Bauern und Studenten vorgehen! Der 17-jährige Genosse E. Caamano Soberzo von der MIR wurde durch Polizeischüsse ermordet. Ungefähr 40 Demonstranten wurden (zum Teil schwer) verletzt und zahlreiche verhaftet.

Dies war nicht die Einzelaktion eines wahnsinnigen Bürgermeisters: Die Führer der Unidad Popular erklärten sich mit der Polizeiaktion völlig einverstanden. Die KP Chiles machte die "ultralinken Abenteuer" dafür verantwortlich und die Zentrale der Sozialistischen Partei distanzierte sich von ihrer Sektion in Concepcion, die sich auf die Seite der revolutionären Arbeiter, Bauern und Studenten gestellt hatte. Nicht nur, daß die Führer der Unidad Popular selbst nicht bereit sind, gegen die Konterrevolution im notwendigen Maß vorzugehen. Sie scheuen sich auch nicht einmal mehr, den Polizeiknüppel des bürgerlichen Staates einzusetzen, um das Volk

vom konsequenten Kampf gegen die Konterrevolution abzuhalten. Kommunisten? Sozialisten? Nein, das sind sozialdemokratische Führer!

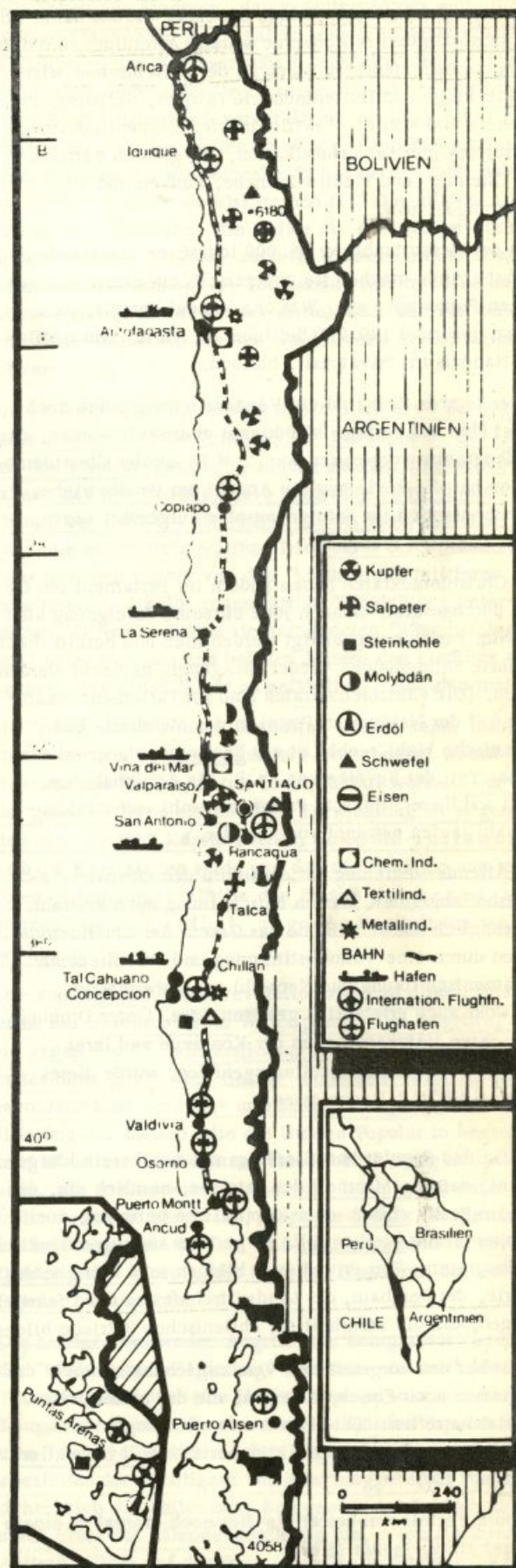
Verstaatlichung und Sozialismus

Die Unidad Popular betrachtet die Agrarreform zur Beseitigung des Latifundiensystems (Großgrundbesitzertum) und die Befreiung von imperialistischer Ausbeutung durch die Nationalisierung der größten Bergbau- und Industriebetriebe als den wichtigsten Schritt zum Aufbau des Sozialismus in Chile. In der Resolution des XIV. Parteitages der KP Chiles heißt es dazu: "In Chile gibt es heute keine revolutionärere Aufgabe als den Kampf gegen den Imperialismus und die Beseitigung der Macht der monopolistischen und gutsherrlichen Oligarchie, denn ohne die Lösung dieser Aufgaben hat der Sozialismus keine Perspektive." (10)

Und im Programm der Unidad Popular: "Die Hauptaufgabe in der Ersetzung der bestehenden Wirtschaftsstruktur besteht in der Liquidierung der Übermacht des inländischen und ausländischen Monopolkapitals und des Großgrundbesitzertums, um den Aufbau des Sozialismus in Angriff zu nehmen." (11)

Die Durchführung der Agrarreform und der Nationalisierung soll noch nicht unmittelbar eine sozialistische Wirtschaft schaffen, sondern eine "Wirtschaft des Übergangs zum Sozialismus". Der Leiter der nationalen Planungsbehörde, Gonzalo Martner, gibt diese "präsozialistische Etappe" mit dem "Zeitraum zwischen 1971 und 1976" an (was der verfassungsmäßigen fünfjährigen Amtszeit von Allende entspricht). (12) Daraus ist zu schließen, daß der Sozialismus sich nach Auffassung der Unidad Popular dann irgendwie "einfindet", wenn die "Liquidierung der Übermacht des inländischen und ausländischen Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes" Schritt für Schritt "genügend durchgeführt" ist. Diese Auffassung eines dergestalt allmählich und automatisch ablaufenden Prozesses findet sich nicht nur im Programm der Unidad Popular, sie findet sich im Prinzip auch in den Programmen sämtlicher revisionistischer Parteien der imperialistischen Staaten, obwohl die gesellschaftlichen Verhältnisse dort ganz andere sind. So etwa, wenn die DKP in ihrer Essener Grundsatzerklärung von der "Einschränkung der Macht des Monopolkapitals und ihre schließliche Überwindung" spricht und auf diesem Wege offenbar den Sozialismus in die westdeutsche Landschaft "einführen" will.

Untersuchen wir näher, was es mit der "Wirtschaft des Übergangs zum Sozialismus" in Chile auf sich hat. Diese soll aus drei Sektoren bestehen, ein Sektor des verstaatlichten Eigentums, ein Sektor des Privateigentums und ein "gemischter" Sektor, d. h. Betriebe, die anteilig im



Privatbesitz und im Staatsbesitz sind. Die Verstaatlichungen betreffen im wesentlichen Betriebe, die bis dahin im Besitz ausländischer Konzerne waren. Allerdings sind dies auch die bedeutendsten Bereiche der chilenischen Wirtschaft: Berg- und Hüttenindustrie (Kupfer, Salpeter, Jod, Eisenerz und Kohle), Textilindustrie, Zementindustrie, Zellulose- und Papierfabrikation, die größten Betriebe der Chemie- und Elektro-Branche, Banken und Versicherungen, usw.

Von der Gesamtzahl der 35.000 Industrie- und Handwerksbetriebe machen sie andererseits nur einen sehr geringen Prozentsatz aus. Was den Handel betrifft, so sollen dort rund 120.000 Betriebe des Klein- und mittleren Handels im Privatbesitz bleiben.

In der letzten Zeit sind die Verstaatlichungspläne noch selbst über das geringe Maß hinaus gedrosselt worden, das im Programm vorgesehen war. Auf Druck der Christdemokraten hat die Regierung die Anzahl der Großbetriebe, die ursprünglich im Enteignungsplan aufgeführt waren, von 253 auf 93 reduziert.

Die Christdemokraten haben zudem im Parlament ein Gesetz durchgesetzt, wonach jede einzelne Enteignung künftig vom Parlament gebilligt werden muß und bereits durchgeführte Enteignungen wieder rückgängig gemacht werden sollen. (Die Christdemokraten sind im Parlament zusammen mit der Nationalen Partei in der Mehrheit. Das chilenische Wahlrecht ist ein Klassenrecht, wobei ein großer Teil der Bevölkerung, z.B. die Analphabeten, nicht wahlberechtigt ist. Parlamentswahl und Präsidentschaftswahl laufen getrennt voneinander.)

Die Allende-Regierung hat daraufhin den Obersten Gerichtshof angerufen, dessen Entscheidung noch aussteht. Ursprünglich wollte Allende das Gesetz der Christdemokraten durch eine Volksabstimmung und anschließende Parlamentsauflösung und Neuwahl zunichte machen, was wohl auch erfolgreich gewesen wäre. Unter Drohung und wüsten Hetzkampagnen der Konzerne und ihrer christdemokratischen Erfüllungsgehilfen, wurde dieses richtige Mittel fallengelassen.

Die Unidad Popular hat allerdings von vornherein klargemacht, daß die Mehrheit der Betriebe, nämlich die, die sich im Besitz chilenischer Kapitalisten befinden, auch in deren Besitz bleiben soll. So heißt es unmißverständlich im Programm: "Im Privatbesitz bleiben jene Betriebe der Industrie, des Bergbaus, der Landwirtschaft und der Dienstleistungen, die die Mehrheit der chilenischen Betriebe bilden." (13)

Selbst bei den vorgesehenen Verstaatlichungen macht das Programm noch Einschränkungen, die das chilenische Kapital betreffen: "Bei allen Verstaatlichungen werden die Interessen der kleinen Aktienbesitzer voll respektiert werden." (14)

Volodia Teitelboim bestätigte dies noch einmal in einem Referat am 2. Januar 1972:

"Nur wenige Unternehmen monopolistischen Cha-

rakters, die die Interessen des Landes schädigen, werden noch in gesellschaftliches Eigentum übergeführt werden. Der überwältigenden Mehrheit der Unternehmer, Industriellen, mittleren und kleinen Händler werden ihre Tätigkeit und ihre Rechte voll und ganz garantiert." (15)

Tatsächlich hat die "Volkseinheit-Regierung" auch bei ihren Verstaatlichungsplänen der in ausländischem Besitz befindlichen Betriebe auf deren Druck hin noch einige Rückzieher gemacht und erklärt, daß sie gegenüber einer "Beteiligung ausländischen Kapitals" an der chilenischen Industrie "keinesfalls verschlossen" sei. Auf Eingreifen der westdeutschen Botschaft wurde beispielsweise auf die Verstaatlichung des Farbwerks Ceresita "verzichtet", das sich mehrheitlich im Besitz westdeutscher Kapitalisten befindet.

Die Verstaatlichungsmaßnahmen der Allende-Regierung sind eindeutig nicht gegen die chilenische Industrie- und Finanzbourgeoisie gerichtet. Sie zielen im Gegenteil auf eine Stärkung der chilenischen Bourgeoisie ab, indem sie dieser helfen, sich von der Herrschaft und von der Konkurrenz des ausländischen Kapitals zu befreien. Infolge der imperialistischen Ausbeutung konnte sich bislang in Chile eine nationale Industrie kaum entfalten. Die ausländischen Konzerne haben enorme Profite aus dem chilenischen Volk herausgepreßt, diese Profite aber nicht in die Entwicklung der chilenischen Wirtschaft gesteckt, sondern aus dem Land abgezogen.

Die ausländischen Kapitalisten haben an Investitionen, die dem chilenischen Volk nützen, noch weniger Interesse als die chilenischen Kapitalisten. Sie profitieren gerade davon, daß sie das von ihnen ausgebeutete Land unterentwickelt halten. So können sie einerseits billig Rohstoffe aus dem Land rausholen (die Kupferminen, Chiles größter Reichtum, standen bis zur Allende-Regierung zu 85 % unter US-Kontrolle; Kupfer stellt rund 80 % der chilenischen Exporte) und andererseits ihre Fertigwaren zu hohen Preisen in das Land exportieren, da ihm die Industrie fehlt, diese Waren selbst zu produzieren. Die zurückbleibende Industrialisierung des Landes erzeugt zudem ein ungeheures Arbeitslosenheer (1970 betrug die Arbeitslosenquote in Groß-Santiago 8,3 %), wodurch die Löhne ständig auf einen niedrigen Stand gedrückt werden können. Diese "Vorteile" beuten die ausländischen Konzerne dann wieder dadurch aus, daß sie Teile ihrer Produktion direkt in das von ihnen abhängige Land verlegen (Kapitalexport). Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Fertigwarenproduktion oder sogar nur um Teilfertigungen, so daß damit eine tatsächliche Industrialisierung des Landes noch nicht bewirkt wird. Dazu wäre vor allem die Entwicklung der Schwerindustrie nötig, die Produktionsmittel produziert, und die der Grundstock für jede industrielle Entwicklung ist.

Die Allende-Regierung will nun erreichen, daß die bisher von den ausländischen Konzernen abgezogenen Profite mittels Verstaatlichung in die Entwicklung einer nationalen Industrie gesteckt werden. Es geht um die Akkumulation

chilenischen Kapitals. Gonzalo Martner, der Leiter der Nationalen Planungsbehörde, drückt dies folgendermaßen aus:

"Wir werden die Mobilisierung des Überschusses dadurch erreichen, daß wir einen Teil dessen, was wir die 'Grundproduktion' nennen, auf den Staat übertragen. Das wird der Sektor des gesellschaftlichen Eigentums sein. Er wird der dynamische Sektor unserer Wirtschaft und für die Beschleunigung des Entwicklungsprozesses verantwortlich sein." (16)

Das ist natürlich eine fortschrittliche Entwicklung, aber deswegen ist es noch lange keine sozialistische Entwicklung. Sie macht gerade, wie wir gesehen haben, halt vor der Enteignung der chilenischen Bourgeoisie.

Der vielgepriesene "chilenische Weg zum Sozialismus", der sich die Liquidierung der Übermacht der ausländischen Konzerne zum Ziel gesetzt hat und der die "Tätigkeit und Rechte" der chilenischen Kapitalisten "voll und ganz garantiert", ist in Wirklichkeit der Weg, einen "nationalen" Kapitalismus in Chile überhaupt erst zu entfalten. Mit Sozialismus hat das nicht das geringste zu tun. Zwischen Kapitalismus und Sozialismus gibt es keine weitere Entwicklungsstufe. Was in Chile als die "präsozialistische Etappe" oder als "Wirtschaft des Übergangs zum Sozialismus" bezeichnet wird, ist nichts anderes als der Kapitalismus selbst.

Agrarreform
im Sinne
des Kapitalisten

Ebenso ist die Agrarreform durchaus im Sinne eines sich entwickelnden chilenischen Kapitalismus. Das alte Latifundiensystem, das es den Großgrundbesitzern freistellt, was und wie angebaut wird (und ob überhaupt), ist ein objektives Hemmnis für die Industrialisierung der landwirtschaftlichen und der Viehzuchtproduktion.

Es ist eben nicht so einfach, wie wir eingangs aus dem Programm der Unidad Popular zitierten, daß "die nationale Monopolbourgeoisie sich immer mehr dem Imperialismus ergibt" (17), was meinen soll, daß sie sich in immer größere Abhängigkeit von den großen ausländischen Konzernen begibt. Die nationale Bourgeoisie Chiles (von Monopolbourgeoisie ist noch nicht viel da) versucht gerade, sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien ... um selbst zu einer imperialistischen Bourgeoisie aufsteigen zu können.

Das wird sehr deutlich, wenn Martner die "Perspektive" der gegenwärtigen Entwicklung angibt:

"Das endgültige Gesicht der chilenischen Wirtschaft wird gegen Ende des Jahrhunderts so aussehen, daß man sagen kann: Chile ist eines der wenigen Länder, welche die Stagnation zugunsten der Expansion überwunden haben. Wir werden dann eine reife Industriegesellschaft sein. Die Vorbedingungen für eine Industriegesellschaft sind schon geschaffen. ... Wir stehen davor, uns unter den Industrienationen einzureihen." (18)

Bei dieser "Perspektive" brauchen Chiles Kapitalisten eigentlich keine Angst vor der Unidad Popular zu haben. Und tatsächlich gibt Martner auch das zu:

"Wir haben den Eindruck, daß es Unternehmer gibt, die vor dem Staat keine Angst haben, einen vergesellschafteten Sektor in der Volkswirtschaft nicht fürchten, sich politisch auch nicht unter Druck setzen lassen und ehrlich einen Produktionsprozeß verwirklichen wollen, der in Chile noch manches leisten muß (!). Für diese geschichtliche Phase haben wir keinerlei Probleme mit dem privaten Sektor: er soll vorwärtskommen (!). Das gilt vor allem für Handwerksbetriebe, die weiter als Teil des privaten Sektors bestehen bleiben, auch für kleinere und mittlere Industrieunternehmen. ... Ich kenne viele mittlere und kleinere Unternehmer aus der Mittelklasse und von bescheidener Herkunft, die den chilenischen Prozeß unterstützen." (19)

Die chilenischen Kapitalisten haben nicht etwa deswegen keine Angst, weil sie "eingesehen" haben, daß "das Land den Sozialismus braucht", sondern weil sie eingesehen haben, daß die "Volkseinheit-Regierung" ihre einzige Chance ist, wenn sie die Herrschaft der ausländischen Konzerne abschütteln wollen. Die Führer der Unidad Popular sprechen immer von den "kleinen und mittleren Unternehmern", die die gegenwärtige Entwicklung unterstützen. Offenbar wollen sie damit deren "Bündnisfähigkeit" unterstreichen und bei den Massen den Eindruck erwecken, daß diese "nicht so gefährlich" sind, daß man sie "ruhig vor sich hin wirtschaften" lassen kann. Dahinter steckt im Grunde eine ungeheure Demagogie, womit die Arbeiter und Bauern hinter das Licht geführt werden: Der Kern der gegenwärtigen chilenischen Entwicklung ist ja gerade, daß die "großen" Kapitalisten in Chile die ausländischen Kapitalisten sind, und daß die "kleinen und mittleren Unternehmer" Chiles den Prozeß deswegen unterstützen, weil sie selbst zu großen Kapitalisten werden wollen.

Die zunehmende Konterrevolution steht zu diesen Interessen nur in scheinbarem Widerspruch. Die Angriffe, die sie gegen die Allende-Regierung reitet, richten sich in erster Linie gegen die "Gefahr" einer sich entfaltenden revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung. Die Mobilisierung der Massen, die die Unidad Popular in begrenztem Maße zur Durchführung ihrer Politik nötig hat (die sie aber, wie in Concepcion bewiesen, auch brutal unter Kontrolle zu halten bereit ist), birgt die Gefahr für die chilenische Bourgeoisie in sich, daß sie zunehmend für revolutionäre Ziele kämpft, die über das Programm der Unidad Popular hinausgehen.

Die heftiger werdenden Angriffe der Bourgeoisie gegen die "Volkseinheit-Regierung" sind teilweise auch bloßes Täuschungsmanöver (die Unidad Popular wird von der Bourgeoisie bekämpft, also muß die Unidad Popular doch eine "richtige" Politik machen). Andererseits, und das ist zweifellos der wichtigere und ausschlaggebende Punkt, richtet sich die chilenische Bourgeoisie tatsächlich auf einen Sturz der Allende-Regierung ein, wenn sie ihren Auftrag, Chile auf den Weg eines "selbständigen" Kapi-

talismus zu bringen, in ausreichendem Maße erfüllt hat. Es muß dann damit gerechnet werden, daß die meisten der verstaatlichten Betriebe wieder "reprivatisiert" werden - in den Besitz chilenischer Kapitalisten. Das kann noch eine gewisse Zeit dauern. Zudem darf aber auch die Gefahr nicht übersehen werden, daß die chilenische Bourgeoisie "auf halbem Wege die Nerven verliert", daß die Mobilisierung der Massen ihr zu gefährlich wird und sie die Allende-Regierung auf kaltem Wege abserviert, bevor diese ihren Auftrag erfüllt hat. Sie könnte in diesem Fall ein engeres Bündnis mit der alten Großgrundbesitzerklasse und den imperialistischen Staaten wieder dem "zweischneidigen Schwert" der Unidad Popular vorziehen. Das ist auch sehr im Interesse der ausländischen Konzerne und der Latifundisten, denn diese sind im Gegensatz zur chilenischen Industrie- und Finanzbourgeoisie die Verlierer des gegenwärtigen Prozesses. Es gibt bereits zahlreiche Beispiele, daß diese Kreise die Konterrevolution und den Sturz der Allende-Regierung am intensivsten schüren: Von den mißglückten Putschplänen des US-Konzerns ITT bis zur Belieferung der "weißen Garden" der Großgrundbesitzer mit Waffen aus Argentinien. Die reaktionäre Militärregierung Argentiniens gehört auf lateinamerikanischem Boden zu den ärgsten Feinden der Unidad Popular.

Die Unidad Popular wird gegen diese sich formierende Konterrevolution selbst nichts ausrichten können, wenn sie sich weiterhin der Sanierung des chilenischen Kapitalismus widmet, und demgemäß eine tatsächlich revolutionäre Entwicklung des Landes nicht nur nicht vorantreibt, sondern sogar noch aktiv unterbindet. Sie wird weder die Arbeiter und Bauern Chiles vor den Schlägen der Reaktion schützen können, noch wird sie sich selbst vor der Abservierung retten können.

Bei den ehrlichen Parteigängern der Unidad Popular hat sich die revisionistische Theorie in der Weise breit gemacht, daß sie glauben, die Konterrevolution durch eine "Produktionsschlacht" besiegen zu können. Das "Wachstum von Produktion und Arbeitsproduktivität" und der "Kampf gegen Sabotage und für Produktionserfolge" ist sicher wichtig für die Befreiung Chiles vom Imperialismus. Aber wenn dies an die oberste Stelle gesetzt wird, dann läßt man sich schon auf das Spiel der chilenischen Bourgeoisie ein. Ebenso scheint sich die absurde These breit gemacht zu haben (und sie wird, wie vorhin zitiert, von den Führern der Unidad Popular mit Nachdruck unter Volk gebracht), daß Verstaatlichung und Vergesellschaftung ein und dasselbe seien. Das ist aber völlig unsinnig. Verstaatlichung der ausländischen Konzerne heißt beileibe noch nicht, daß diese Betriebe dann in der Hand der Arbeiter und Bauern sind, sondern zunächst einmal in der Hand des Staates. Und die entscheidende Frage dabei ist, in wessen Händen sich der Staat befindet. Wir wollen uns dieser Frage zuwenden.

In einem 1960 in der DDR herausgegebenen Lehrbuch "Grundlagen des Marxismus-Leninismus" heißt es sehr richtig:

"Solange sich die Macht in den Händen der Bourgeoisie befindet, können weder die Verstaatlichung einzelner Unternehmen noch andere Maßnahmen staatskapitalistischer Art die Verhältnisse der kapitalistischen Ausbeutung selbst in solchen Ländern aufheben, in denen diese Maßnahmen heute einen fortschrittlichen Charakter tragen (zum Beispiel in Indien und Indonesien). Im Schoße des Kapitalismus können keine sozialistischen Produktionsverhältnisse entstehen; es können lediglich die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen werden. Mit dem Aufbau des Sozialismus kann jedoch auf Grund dieser Voraussetzungen nicht begonnen werden, solange sich der Staat in den Händen der Kapitalisten befindet, das heißt, solange die Macht nicht in die Hände der Werktätigen übergeht." (20)

Der „legale Weg“

Im Programm der Unidad Popular wird erklärt, daß das Volk die Macht in seine Hände nehmen und sie "tatsächlich und effektiv" ausüben soll. Genauer wird dazu noch ausgeführt:



Allende

"Die Volks- und revolutionären Kräfte haben sich nicht zusammengetan, um einen Präsidenten der Republik durch einen anderen zu ersetzen oder um eine Regierungspartei aus dem Amt zu jagen und andere in der Macht zu instaurieren. Sie haben sich zusammengetan, um die grundlegenden Wandlungen, welche die nationale Lage fordert, durchzuführen. Das geht nur auf der Basis der Übertragung der Macht von den alten herrschenden Gruppen auf die Arbeiter, die Bauern und die fortschrittlichen Teile der Mittelschichten aus Stadt und Land. ...

Im Hinblick auf die politische Struktur hat die Volksregierung eine doppelte Aufgabe:

- die demokratischen Rechte und die Eroberungen der Arbeiter zu bewahren, effektiver zu machen und zu vertiefen, sowie
- die gegenwärtigen Institutionen zu verändern, um einen Staat zu etablieren, in welchem die Arbeiter tatsächlich die Macht ausüben. "(21)

Es sollen also "grundlegende Wandlungen" durchgeführt werden und die Arbeiter sollen die Macht übernehmen. Richtig! Nach allen bisherigen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung ist dazu notwendig, den bürgerlichen Staat zu zerbrechen und einen neuen, den proletarischen Staat aufzubauen. Man könnte meinen, daß dies auch von der Unidad Popular beabsichtigt wird, wenn sie davon spricht, daß das chilenische Volk die Macht "tatsächlich und effektiv" ausüben soll. Die "Volksregierung" will dazu "den Weg ebnen".

Nun ist es eine weitere Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung, daß die herrschenden Klassen (Kapital und Großgrundbesitzertum) ihre Herrschaft nicht freiwillig an das Volk abtreten, daß sie sich mit Einsatz aller Mittel (ökonomisch, politisch und militärisch) dagegen wehren und den Arbeitern und ihren Verbündeten noch immer den gewaltsamen Weg zum Sturz der alten Ausbeuterherrschaft aufgezwungen haben. Der Befreiungskampf der indochinesischen Völker ist das lebendigste Beispiel unserer Epoche, welche Anstrengungen notwendig sind, um den hochgerüsteten und mit wütender Verbissenheit sich wehrenden Feind aus seiner Herrschaft zu vertreiben.

Die Unidad Popular meint allerdings, daß dies in Chile nicht notwendig sei, daß die Arbeiter dort auf "friedlichem" Weg ihre Herrschaft errichten können; andersherum gesagt: daß die herrschenden Klassen in Chile freiwillig von der Bühne abtreten. So ist auch der Eindruck falsch, den man zunächst beim Lesen ihres Programms gewinnen könnte, wenn man nur die Forderung nach "grundlegenden Wandlungen" usw. betrachtet. Im Programm ist in diesem Zusammenhang nicht von der Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschine die Rede, sondern von der "Übertragung der Macht", was eben ganz der Vorstellung folgt, als handle es sich dabei um eine bloße Ämterübergabe, die nach der Regel gegenseitiger freier Vereinbarung abläuft, und wo beide Seiten sozusagen durch Vertragstext gebunden sind.

Als Beweis dient der Unidad Popular ihr eigener Wahlsieg. Die chilenische "Volksregierung" ist "legal" an die Macht gekommen, mit Hilfe der bürgerlichen Verfassung. Bei den Präsidentenwahlen im September 1970 erhielt die Unidad Popular mit 36,3 % relativ die meisten Stimmen gegenüber den Kandidaten der extrem rechts stehenden Nationalen Partei (34,9 %) und der Christdemokraten (27,8 %). Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit errungen hatte, oblag die letztendliche Entscheidung dem Parlament, das von den beiden Rechtsparteien mehrheitlich beherrscht wird. Das Parlament wählte Allende; mit den Stimmen der Christdemokraten. Also, triumphiert

die Unidad Popular, der von den Christdemokraten vertretene Teil der herrschenden Klasse hat das Votum des Volkes akzeptiert, er stellt sich nicht der Bewegung entgegen und hat "eingesehen", daß das Land den Sozialismus braucht. Der "friedliche Weg" hat Erfolg und wird auch weiter Erfolg haben.

Was ist denn tatsächlich geschehen? Hat die chilenische Bourgeoisie ihrer eigenen Entmachtung zugestimmt? Keineswegs! Die Christdemokraten sind weder "einsichtig" geworden, und schon gar nicht zu einer "revolutionären" Partei, wie es die Unidad Popular der Radikalen Partei schmeichelnd zugesteht. Die Christdemokraten haben nur deswegen die Allende-Regierung in den Sattel gehoben, weil diese von vornherein zusicherte, sie wolle die chilenische Verfassung und die chilenischen Gesetze, also die Herrschaft der Bourgeoisie, respektieren. Die Christdemokraten haben die Allende-Regierung deswegen in den Sattel gehoben, weil sie sich davon etwas für die Interessen der nationalen Industrie- und Finanz-Bourgeoisie versprechen. Es ist eine grobe Fälschung, wenn der Wahlsieg der Unidad Popular als Beweis für den "friedlichen Übergang zum Sozialismus" hingestellt wird.

Es ist doch wohl absurd, vom "friedlichen Übergang zum Sozialismus" zu sprechen, wenn der bürgerliche Staat, das Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie bestehen bleibt, wenn die Führer der Unidad Popular versprechen, daran auch nicht rütteln zu wollen. So der KP-Generalsekretär Corvalan: "Das Geschwätz der Reaktionäre, die versuchen, innerhalb und außerhalb des Landes die Sache so darzustellen, als ob die Parteien der Volkseinheit den Rahmen der Konstitution (Verfassung) sprengen wollen, entbehrt daher jeglicher Grundlage.

Weder die Regierung der Volkseinheit noch die in ihr vertretenen Parteien versuchen, über den bestehenden gesetzlichen Rahmen hinauszugehen." (22)

Allenfalls wird noch gesagt, daß man "der chilenischen Tradition der Achtung vor den Gesetzen zwar folgen, jedoch die Suche nach Änderung derselben Gesetze nicht ausschließen" (23) wolle. Welch "Fortschrittsgeist" hat sich doch bei den Führern der Unidad Popular Bahn gebrochen! Man will die "Suche nach Änderung" der bürgerlichen Gesetze "nicht aufgeben"! Aber in Grenzen! Corvalan schreibt anlässlich des 50-jährigen Bestehens der KP Chiles am 2. Januar 72 in der Moskauer "Prawda" über die "Umwandlungen unter Allende":

"Ihre am meisten charakteristische Besonderheit besteht darin, daß sie in Übereinstimmung mit der Konstitution und auf der Basis jener Prinzipien der Rechtsordnung durchgeführt werden, welche sich im Laufe der ganzen Geschichte Chiles herausgebildet haben (die die Geschichte der bürgerlichen Herrschaft ist! - d. Verf.). Die Praxis hat gezeigt, daß dies in Chile unter den konkreten Bedingungen möglich war und bleibt." (24)

Die Praxis hat allerdings gezeigt, daß der Unidad Popular in Chile bislang nur solche "Umwandlungen" möglich waren, die die alten Ausbeuterklassen zuließen. Nach wie

vor besteht das bürgerliche Parlament, in dem die Rechtsparteien als offene Vertreter der Kapitalisten und Grundbesitzer eine ausreichende Mehrheit haben, um die Politik der Allende-Regierung im gewünschten Maß zu torpedieren. Die Rückkurbelung der vorgesehenen Enteignungen, wovon wir bereits berichteten, ist ein aussagekräftiges Beispiel für das, was der Allende-Regierung "unter den konkreten Bedingungen möglich war und bleibt".

Die politischen Machtorgane der herrschenden Klassen wurden bislang kaum angetastet. Militär, Polizei, Justiz, Verwaltungsapparat, Presse und Rundfunk bilden immer noch die wesentlichen Stützen ihrer Herrschaft. Die paramilitärische Polizei (Grupo Móvil), die unter der christdemokratischen Frei-Regierung zum Kampf gegen die Arbeiter und Bauern aufgestellt wurde, ist beispielsweise immer noch nicht aufgelöst worden, obwohl dies im Programm der Unidad Popular als Sofortmaßnahme angekündigt wurde. Es handelt sich dabei um die Polizeitruppen, die im Mai gegen die Demonstration revolutionärer Arbeiter, Bauern und Studenten in Concepcion eingesetzt wurden.

„Freiheit der Presse“

Die "Regierung der Volkseinheit" überläßt die politisch-ideologische Erziehung der Massen weitgehend der Reaktion. Die reaktionäre Presse und der Rundfunk des Landes dürfen ungeschoren Lügen und Hetze gegen die Unidad Popular verbreiten. Demgegenüber steht nur eine vergleichsweise kleinere Zahl sozialistischer und anderer fortschrittlicher Zeitungen. Im Programm der Unidad Popular heißt es dazu:

"Die Volksregierung wird die Rechte der Opposition respektieren, wenn diese sich innerhalb des gesetzlichen Rahmens bewegt." (25)

Es ist doch klar, daß die bürgerliche Presse sich mit ihrer reaktionären Hetze im Rahmen der bürgerlichen Gesetze bewegt! Auch die arbeiterfeindliche Hetze von Springers "Bild" steht doch nicht im Widerspruch zum Grundgesetz, sondern wird durch dieses abgesichert.

Uns ist bislang nur ein Fall bekannt, wo die Allende-Regierung gegen reaktionäre Massenmedien eingeschritten ist: Als reaktionäre Gruppen im Dezember letzten Jahres einen "Protestmarsch" und Tage anhaltende Unruhen inszenierten, die von wüsten antikommunistischen Angriffen der bürgerlichen Presse und des Rundfunks begleitet waren, verbot die Allende-Regierung das Erscheinen einer Zeitung und schloß zwei Radiosender der Reaktion. Nach wenigen Tagen wurde diese richtige Maßnahme jedoch wieder aufgehoben.

Es ist klar, daß die Reaktion ihren Einfluß auf die Massen leicht zurückgewinnen kann, wenn ihre Hetzpropaganda nicht hart und wirksam unterbunden wird. Dies

ist schon an den letzten Gewerkschaftswahlen deutlich geworden. Soweit bislang bekannt wurde (das genaue Ergebnis liegt uns leider noch nicht vor), haben die chilenischen Christdemokraten ca. 30 % der abgegebenen Stimmen erhalten. Wenngleich die Kommunistische und die Sozialistische Partei immer noch die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaftssekretäre stellen, zeigt das Ergebnis der Christdemokraten immerhin einen ganz erheblichen Einfluß unter den Arbeitern. Im Gegensatz zur CDU/CSU in unserem Land verstehen es die chilenischen Christdemokraten weit besser, ihre reaktionäre Politik mit sozialer Demagogie zu tarnen.

Erhaltung der bürgerlichen Bürokratie

Der alte bürgerliche Verwaltungsapparat beschäftigt in Chile bei einer Bevölkerung von ca. 9 Millionen rund 400.000 Menschen. Sie verrichten ihren Dienst im Geist und zum Nutzen der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft. Sie sind keine Machtorgane des Volkes, sondern sie sind dem Volk entgegengestellt. Der Unidad Popular ist dies durchaus bewußt. Volodia Teitelboim erklärte dazu:

"Die Volkseinheit erbt also eine Bürokratie, die zu 90 oder 95 Prozent nicht die ihre ist, sondern von vorhergehenden Regierungen ernannt wurde. ... Unter den 90 Prozent gibt es einen großen Anteil von Beamten, die korrekt arbeiten, einige wenige mit revolutionärer Leidenschaft, andere mit diesem typisch bürokratischen Geist, der bloß keine Verantwortung übernehmen will und dem die Menschen gleichgültig sind. Einige sabotieren direkt. Sie stellen eine Art Trojanisches Pferd des Feindes innerhalb der öffentlichen Verwaltung dar und geben alle Daten und Informationen an die Parlamentarische Opposition und an die gegnerische Presse weiter. ... Erstens ist die unsere eine ineffiziente Verwaltung. Zweitens kann man ihr größtenteils nicht trauen. Drittens gibt es in ihr kaum Leute aus der Volkseinheit, höchstens in den leitenden Posten." (26)

Dieser Darstellung ist im Kern kaum etwas hinzuzufügen; wenngleich auch hier schon das Bemühen auffällt, die Dinge "nicht allzu drastisch" darzustellen. Wir wollen uns aber gleich der wichtigsten Frage zuwenden: Welche Konsequenzen zieht die "Regierung der Volkseinheit" daraus? Teitelboim antwortet:

"Wir können ... nicht einfach alle Leute auswechseln. Dagegen steht das Verwaltungsstatut, wendet sich der Rechnungshof der Republik, steht der Mangel an Geld." (27) Ansonsten hört man nur noch die reichlich unverbindliche Forderung, daß das Volk "innerhalb der Verwaltung mitbestimmen" muß. Die Probleme und Gefahren werden gesehen, aber dennoch: Kapitulation vor der bürgerlichen Gesetzesordnung. "Verwaltungsstatut", "Rechnungshof", "Mangel an Geld" - das sind die einzigen "Argumente",

die das KP-Politbüromitglied Teitelboim der mangelnden Entschlußkraft der Allende-Regierung vorzuschützen vermag.

Sicher, es gibt auch andere Stimmen aus den Reihen der Unidad Popular. Bezeichnenderweise kommen diese jedoch nicht von den führenden Leuten der KP Chiles.

Diese Stimmen kommen von der MAPU ("Bewegung der einheitlichen Volksaktion"), deren Mitglieds- und Wählerbasis in erster Linie im Landproletariat liegt, und dort vor allem bei den Mapuche-Indianern. Der stellvertretende Generalsekretär der MAPU, Enrique Correa, faßt die Haltung der MAPU zur Frage der noch bestehenden bürgerlichen Administration in Chile folgendermaßen zusammen:

"Nach unserer Meinung gibt es so viele öffentliche Funktionen, weil die industrielle Entwicklung des Landes unzureichend ist. Das kann nur mit der Abhängigkeit, mit der deformierten Entwicklung, mit der vom Imperialismus intervenierten Entwicklung erklärt werden. Eine sozialistische Revolution muß dieses Problem lösen, weil sie Produktionsenergie freisetzt, welche der Imperialismus niedergehalten hatte. ... Wir meinen, daß in dem Maße, in dem wir Fortschritte machen, der Staatsapparat vereinfacht und immer mehr Kraft auf die produktive Arbeit verwandt werden kann. ... Unsere Hauptaufgabe besteht nicht darin, uns des bürgerlichen Staates zu bedienen, sondern darin, ihn zu zerstören. Wir werden uns nicht des Staates bedienen, wie sich die Bourgeoisie immer des Staatsapparates bedient hat, auch wenn wir im Rahmen der bürgerlichen Legalität an die Regierung gekommen sind." (28)

Die MAPU hat auch bislang nicht die übertriebene Bezeugung der "Legalität" und der "Einhaltung der Gesetze" mitgemacht, die von den Führungen der anderen Parteien in der Unidad Popular zu hören sind. Stattdessen hat sie betont, daß man keinem Legalismus verfallen darf, daß die "bürgerliche Legalität" nur die verschleierte Diktatur der herrschenden Klassen ist, und daß es darauf ankomme, eine "neue Legalität" zu schaffen, die Legalität des Volkes. Gleichfalls hat die MAPU gefordert, daß die drei die Arbeiterklasse vertretenden Parteien (KP, Sozialisten, MAPU) auf die Schaffung einer Einheitspartei der Arbeiterklasse hinarbeiten müßten. Sowohl die Kommunistische als auch die Sozialistische Partei lehnen dies ab. Von Seiten der KP Chiles war sogar zu hören, daß sie das Mehrparteiensystem einschließlich der organisatorischen Zersplitterung der Arbeiterklasse auch im Sozialismus aufrechterhalten wolle. Das sind zumindest recht neuartige Träumereien über die sozialistische Gesellschaft.

Die MAPU ist allerdings sehr klein und hat mit ihren fortschrittlicheren Auffassungen gegenüber ihren Bündnispartnern recht wenig Einfluß. Im Zusammenhang mit der verschärften Offensive der Konterrevolution sind natürlich auch die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Unidad Popular krasser hervorgebrochen. In der Sozialistischen Partei hat sich ein linker Flügel gebildet, der in gewisser Opposition zur Regierungspolitik steht. Aber gegenwärtig

ist es so, daß die Linie des Zurückweichens vor der Konterrevolution, die vor allem von der KP Chiles, der Radikalen Partei und den einflußreichsten Führern der Sozialistischen Partei vertreten wird, die Oberhand hat.

Illusionen über das chilenische Militär

Die Einstellung der Führer der Unidad Popular zu den Machtinstrumenten der herrschenden Klassen ist mit Gutgläubigkeit allein schon nicht mehr zu erklären. Das wird besonders deutlich an ihrer Haltung gegenüber dem chilenischen Militär. Da heißt es in der Resolution des XIV. Parteitages der KP Chiles vom November 1969:

"Wir Kommunisten sind nicht einseitig in unseren Ansichten über die Armee. Die Armee ist eine staatliche Einrichtung. Es ist ganz klar, daß diese Einrichtung nicht die bewaffnete Hand des Volkes ist. Die Armee muß aber auch nicht unbedingt ein Anhängsel des Imperialismus und ein willfähriger Diener der Reaktion sein. Obwohl wir Kommunisten jegliche militärische Lösung ablehnen, richten wir doch keine unüberwindliche Wand zwischen der Zivilbevölkerung und der Armee im Kampf für die Lösung der Probleme des Volkes auf" (29)

Volodia Teitelboim meint, daß der "Rechtstitel" der Allende-Regierung, d. h. ihr Wahlsieg nach den Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus, "auch die Streitkräfte zur Verteidigung der konstitutionellen Regierung verpflichtet." (30) Und Luis Corvalán führte unmittelbar nach dem Wahlsieg der Unidad Popular zur Frage der Armee aus:

"Freilich dürfen die Bedingungen, unter denen sich die Streitkräfte formierten, und besonders die Tatsache, daß ihre militärische Ausbildung in den letzten Jahrzehnten unter dem Einfluß des Pentagon (US-Kriegsministerium) stand, nicht außer acht gelassen werden. Doch das heißt keineswegs, daß man sie für treue Diener des Imperialismus und der herrschenden Klassen halten kann. Die Armee und die Marine wurden im Unabhängigkeitskampf geboren. Die Soldaten und Unteroffiziere aller drei Waffengattungen stammen aus armen sozialen Schichten, fast alle Offiziere kommen aus dem Mittelstand. Vertreter der Oligarchie und der wohlhabendsten Bourgeoisie wählen für ihre Söhne schon lange nicht mehr die Militärlaufbahn. Zu berücksichtigen ist ferner, daß heute nicht eine einzige öffentliche Institution den sozialen Stürmen in der Welt, dem Schicksal der Millionen und aber Millionen in grauem haften Elend lebenden Menschen gegenüber teilnahmslos bleibt. Die Position der Streitkräfte der Dominikanischen Republik während der USA-Invasion und der fortschrittliche Charakter der Militärregierung in Peru zeigen, daß man an die Einschätzung der Armee nicht dogmatisch herangehen darf. Allerdings tun Umgestaltun-

gen auch in den militärischen Institutionen not, doch man kann sie nicht aufzwingen. Sie müssen von den Militärs selbst ausgehen, ihrer eigenen Überzeugung entspringen. Das Übrige werden die Zeit und das Leben zeigen." (31) Zunächst ist hier wohl eine Korrektur angebracht. Corvalar spekuliert offenbar auf die Unkenntnis einiger Leute, wenn er die "Position der Streitkräfte der Dominikanischen Republik während der USA-Invasion" als Beweis dafür anführt, "daß man an die Einschätzung der Armee nicht dogmatisch herangehend darf." Wir wollen deswegen kurz die tatsächliche Rolle der dominikanischen Armee in Erinnerung rufen:

Die Rolle der dominikanischen Armee
Seit 1930 hatte in der Dominikanischen Republik ein grausames Militärregime geherrscht, an dessen Spitze der Füh-

der herrschenden Klassen der Dominikanischen Republik und des US-Imperialismus ein. Schon im September 1963, nur zehn Monate nach seiner Wahl zum Präsidenten, wurde er durch einen Militärputsch gestürzt, an dessen Organisation auch die US-Militärmission in Santo Domingo (der Hauptstadt des Landes) mit beteiligt war. Bosch mußte emigrieren und in der Dominikanischen Republik wurde erneut eine Militärjunta installiert, die die brutale Tradition Trujillos fortsetzte. Aber im dominikanischen Volk war während der kurzen Zeit der Bosch-Regierung ein Freiheitswille erwacht, der nicht mehr so leicht niederknütteln und niederschießen war. Das Volk wollte Bosch an die Regierung zurückrufen. Auch Teile der Armee schlossen sich der Bewegung des Volkes an. Im April 1965



Slums in Santiago

rer der von den USA ausgebildeten dominikanischen Nationalgarde, Trujillo, stand. Durch die Ermordung Trujillos 1961 eröffnete sich dem dominikanischen Volk die Möglichkeit, sich bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen. 1962 konnte das dominikanische Volk erstmals in seiner Geschichte seinen Präsidenten frei wählen. Mit großer Mehrheit bestimmte es dazu Juan Bosch, den Führer der "Revolutionären Partei". Bosch versprach eine Reihe von Reformen durchzuführen. Unter anderem kündigte er eine neue Verfassung und eine Agrarreform an. Des weiteren erlaubte er die freie politische Betätigung kommunistischer Gruppen, die unter Trujillo wie Freiwild gejagt und zur Strecke gebracht worden waren. Mit diesen Reformen handelte er sich allerdings sehr schnell die Feindschaft

war diese Bewegung so stark geworden, daß sich die Militärjunta alleine nicht mehr halten konnte. Sie mußte zurücktreten. Doch ehe das Volk seine Freiheit zurückkämpfen konnte, startete der US-Imperialismus seine Invasion. In kürzester Zeit wurden zehntausende Mann US-Truppen in die Dominikanische Republik eingeschifft, um die revolutionäre Bewegung niederzuschlagen. Der US-Imperialismus fürchtete ein "zweites Cuba". Unzählige Menschen wurden von US-Truppen und von dominikanischen Streitkräften bestialisch niedergemetzelt. Juan Bosch schrieb später nieder, daß allein im Mai 1965 im nördlichen Teil der dominikanischen Hauptstadt 2000 Menschen ermordet wurden. Weiter: "Diese Massaker wurden 'Säuberungsaktionen' genannt und allem Anschein nach mit Billigung

der OAS von dominikanischen Truppen unter nordamerikanischer Leitung durchgeführt." (32)

Ein Teil der Armee hatte sich auf die Seite des Volkes gestellt. Aber es waren dominikanische Truppen, die mit Hilfe von Invasionsstreitkräften der USA diese Bewegung niedermetzten. Wenn Corvalan diese Tatsachen verschweigt und "großzügig" darüber hinwegsieht, daß dominikanische Truppen jahrzehntelang im Auftrag der herrschenden Klassen der Garant grausamer Militärdiktaturen waren - wenn er stattdessen "die Position der Streitkräfte der Dominikanischen Republik während der USA-Invasion" als Beweis für seine angeblich "undogmatische", in Wahrheit aber opportunistische Einstellung zum chilenischen Militär anführt, so treibt er ein widerwärtiges Täuschungsmanöver und Lügengeschäft.

Doch sehen wir weiter. In jeder Armee eines bürgerlichen Staates ist das Offizierskorps mit dem Geist zur Verteidigung dieses Staates durchsetzt, mit dem Geist zur Aufrechterhaltung der bestehenden Unrechtsverhältnisse. Bei den Soldaten wird ein solcher Geist systematisch heranzuziehen versucht. In Chile ist das nicht anders. Das gesteht Corvalan selbst auch ein, wenn er davon spricht, daß in der chilenischen Armee die "militärische Ausbildung in den letzten Jahrzehnten unter dem Einfluß des Pentagon stand." Corvalan will doch wohl nicht Glauben machen, daß das US-Kriegsministerium in der chilenischen Armee einen sozialistischen Geist verbreitet oder auch nur geduldet hätte?! In fast allen Ländern Lateinamerikas übt das Pentagon diesen Einfluß aus, bildet es in Komplizenschaft mit dem US-Geheimdienst CIA spezielle Anti-Guerilla-Truppen aus Einheiten der nationalen Armeen aus, um noch wirkksamere Instrumente gegen revolutionäre Bewegungen der Völker heranzuziehen. Offiziere fast aller lateinamerikanischen Armeen werden auf Kriegsschulen in die USA geschickt, um ihr volksfeindliches Handwerk in aller Vollkommenheit zu beherrschen, um die Methoden in die Armeen ihrer Länder einzuführen, die das US-Kriegsministerium in Vietnam, Laos, Kambodscha, Korea usw. erprobt hat. Will man da ernsthaft bezweifeln, daß hier "treue Diener des Imperialismus und der herrschenden Klassen" herangebildet werden?!

Was die einfachen Soldaten angeht, die Söhne des Volkes, die in die bürgerlichen Armeen rekrutiert werden, so ist deren Situation sicher "nicht einseitig" zu beurteilen. In allen bürgerlichen Armeen entwickelt sich bei den einfachen Soldaten im Laufe der Zeit auch ein Geist der Auflehnung gegen die Unterdrückung in der Armee, gegen den blinden Gehorsam, den sie dem bürgerlichen Offizierskorps und dem kapitalistischen Staat schulden sollen. Aber dieser Geist, der sich mit der Bewegung der Volksmassen tatsächlich verbinden kann und die bürgerliche Armee langsam von innen zersetzt, entwickelt sich nach aller Erfahrung zumeist erst dann zu einer bedeutenden Kraft, wenn die Soldaten in Kriegs- oder Bürgerkriegszeiten bei der Ausübung grausamer Ungerechtigkeiten gegen das Volk und bei der Erfahrung des eigenen Elends

verstanden haben, in wessen Diensten sie stehen, und wenn sie zu verstehen beginnen, daß sie sich gegen das bürgerliche Kommando auflehnen müssen. So kann aus bürgerlichen Armeen eine revolutionäre Strömung herauswachsen; aber das ist in "ruhigen Zeiten" nicht so leicht möglich.

Wir haben zahlreiche Beispiele aus der Geschichte dafür vor Augen. Im ersten Weltkrieg haben nach drei Jahren Mord und Elend zahlreiche Soldaten der russischen und der deutschen Armee den imperialistischen Charakter dieses Krieges erkannt. Viele widersetzten sich dem bürgerlichen Kommando und ein Teil richtete die Waffen gegen die "eigene" Bourgeoisie. So halfen sie den imperialistischen Krieg beenden. In Rußland und Deutschland entstanden Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets). In Rußland entwickelt sich die Rote Armee, die im Dienst der revolutionären Arbeiterbewegung stand, und viele Arbeiter, die ehemals als Soldaten in der zaristischen Armee und unter der bürgerlichen Kerenski-Regierung gekämpft hatten, traten in diese Armee des Volkes ein.

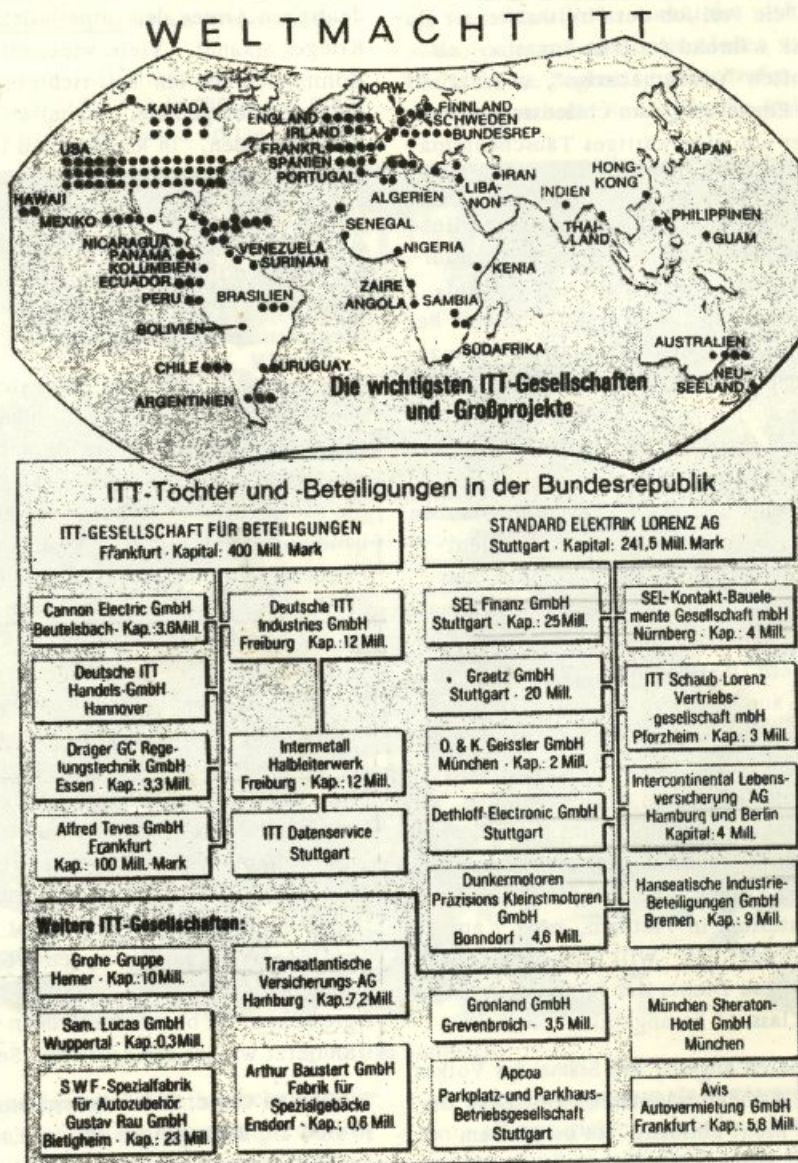
Oder wenn wir uns heute den Krieg des US-Imperialismus gegen die indochinesischen Völker anschauen: Nach langen Jahren entwickelte sich unter den nach Indochina geschickten US-Soldaten ein Geist der "passiven Auflehnung." Sie sahen immer deutlicher das Elend, das ihre Kriegshandlungen verbreitete. Viele erkannten, daß die "Freiheit", in deren Namen sie dort kämpften, die Freiheit der herrschenden Klassen der USA und Indochinas ist, daß sie keinen Krieg für das Volk, sondern gegen das Volk führten. Die Zersetzung der US-Truppen und die "passive Auflehnung" fanden ihren Ausdruck im steigenden Rauschgiftgenuß der US-Soldaten, der die Truppe immer mehr kampfunfähig machte. Es kam auch in einigen Fällen zur aktiven Auflehnung, wo Soldaten den Kommandos ihrer Offiziere nicht mehr folgten und lieber ihren Kommandeur erledigten, als weiter die Waffe gegen die indochinesischen Völker zu richten. Diese Entwicklung innerhalb der US-Armee hat dazu beigetragen, daß der USA-Präsident Nixon den größten Teil der Bodentruppen aus Indochina abziehen mußte (womit freilich die US-Aggression nicht beendet ist, denn umso brutaler führen die USA jetzt wieder den Luft- und Seekrieg).

Zurück zu Chile. Was die chilenische Armee betrifft, so sind die Bedingungen für das Entstehen einer revolutionären Bewegung unter den chilenischen Soldaten gar nicht so günstig, wie Corvalan vorspiegelt. Corvalan hat nämlich einen entscheidenden Punkt bei seiner "undogmatischen Einschätzung" unerwähnt gelassen: Die chilenische Armee besteht nicht aus Wehrpflichtigen, sondern ist ein Berufsheer. (33) Da spielt die "soziale Zusammensetzung", auf die der KP-Generalsekretär so nachdrücklich hinweist, eine viel geringere Rolle als in einem Wehrpflichtigenheer. Denn in das Berufsheer eines bürgerlichen Staates treten nur solche Männer ein, die sich freiwillig für die Verteidigung dieses Staates hergeben. Diejenigen, die dem bürgerlichen Staat kritisch gegenüberstehen oder gar

für dessen Beseitigung eintreten, werden sicher nicht freiwillig ihren Arm für seine Aufrechterhaltung mißbrauchen lassen.

Bei alledem die Auffassung zu vertreten, daß man "Umgestaltungen in den militärischen Institutionen nicht aufzwingen" darf, sondern daß diese "von den Militärs selbst ausgehen, ihrer eigenen Überzeugung (die eben eine bürgerliche Überzeugung ist!) entspringen" muß, ist blanke Kapitulation vor den Machtinstrumenten der herrschenden

tatsächlich taugen? Denken wir an Concepcion, wo die paramilitärische Polizei eine Demonstration revolutionärer Arbeiter und Studenten auseinandertrieb und dabei sogar einen Genossen tötete! Erinnern wir uns ferner an die von der Unidad Popular aufgedeckten Putschpläne. Der US-Konzern ITT wollte mit Unterstützung des US-Außenministeriums die Regierungsübernahme durch die Unidad Popular verhindern. Vorbild dafür war die US-Invasion in der Dominikanischen Republik 1965. Dabei wollte sich



(Graphische Darstellung aus „Der Spiegel“ vom 3.4.1972)

Klassen. "Das Übrige werden die Zeit und das Leben zeigen" - wenn man die Dinge derart zynisch ihrem eigenen Lauf überläßt, dann wird man sicher alles andere erreichen, nur nicht die Beseitigung der Herrschaft von Kapital und Großgrundbesitzertum.

Sind nicht in Chile selbst schon Beispiele dafür erbracht worden, was der "eigenen Überzeugung der Militärs" entspringt und wozu die alten bürgerlichen Machtinstrumente

ITT natürlich auch auf die chilenischen Streitkräfte stützen. Der chilenische General Roberto Viaux, der inzwischen im Santiagoer Gefängnis sitzt, war zur Übernahme der Regierungsgewalt bestimmt. Das ist gescheitert, aber das chilenische Militär hat mit Sicherheit nicht nur einen Viaux hervorgebracht, der sich den schmutzigen Plänen des Imperialismus zum Sturz der "Regierung der Volkseinheit" verdingt. Und Viaux ist doch auch bislang

nicht der einzige, von dem derartige Absichten bekannt wurden. Ende März dieses Jahres wurde der chilenische Armeegeneral Greene Baquedano im Zusammenhang mit Putschplänen festgenommen. Baquedano wurde allerdings nach knapp einer Woche wieder auf freien Fuß gesetzt. Von einem Militärrichter der chilenischen Streitkräfte!

Nein, die chilenische Armee kann kein Garant für die Macht der Arbeiter und Bauern sein. Wer das behauptet, verbreitet gefährliche Illusionen und hindert die Arbeiter und Bauern an der Errichtung ihrer tatsächlichen Herrschaft. Im März 1917, als in Rußland die Frage der Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht immer drängen-der an die Spitze der Tagesordnung rückte, schrieb Lenin in einem Brief über die proletarische Miliz:

Wir brauchen einen Staat, aber nicht einen solchen, wie ihn die Bourgeoisie braucht, mit Machtorganen, die vom Volk getrennt sind und dem Volk entgegen-gestellt werden, wie Polizei, Armee und die Büro-kratie (Beamtentum). Alle bürgerlichen Revolutionen



ITT - Chef Geneen: Putschpläne gegen Unidad Popular

haben diese Staatsmaschine lediglich vervollkommenet, lediglich einer Partei genommen und einer anderen übergeben.

Das Proletariat aber muß, wenn es die Errungenschaf-ten der gegenwärtigen Revolution behaupten und weitergehen woll, wenn es Frieden, Brot und Frei-heit erringen woll, diese "fertige" Staatsmaschine, um Marx' Worte zu gebrauchen, "zerbrechen" und sie durch eine neue ersetzen, bei der Polizei, Armee und Bürokratie mit dem bis auf den letzten

Mann bewaffneten Volk zu einer Einheit verschmol-zen sind. Wie die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 und der russischen Revolution von 1905 zeigen, muß das Proletariat alle armen, ausge-beuteten Teile der Bevölkerung organisieren und be-waffnen, damit sie die Organe der Staatsmacht selbst und unmittelbar in ihre Hände nehmen, damit sie selbst die Institutionen dieser Staats-macht bilden.

(Alle Hervorhebungen von Lenin). (34)

Und zwei Monate später schrieb Lenin in einem Brief an die Delegierten des gesamtrussischen Kongresses der Bauern-deputierten:

Wir wollen eine Republik, in der es keine das Volk verhöhnende Polizei gibt, in der alle Beamten, von unten bis oben, ausnahmslos gewählt werden müssen und jederzeit auf Verlangen des Volkes abgesetzt wer-den können, in der das Gehalt dieser Beamten den Lohn eines guten Arbeiters nicht übersteigt, in der e-benso in der Armee alle Vorgesetzten gewählt werden müssen und in der das vom Volk isolierte stehende Heer, das der Befehlsgewalt volksfremder Klassen un-tersteht, ersetzt wird durch die allgemeine Volksbe-waffnung, durch die allgemeine Volksmiliz.

Wir wollen eine Republik, in der die ganze Macht im Staate von unten bis oben ausschließlich und restlos den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten gehört. (35)

Erst wenn die Arbeiter und Bauern selbst alle Waffen in der Hand haben, ist die Gewähr gegeben, daß diese Waf-fen nicht mehr gegen das Volk mißbraucht werden. Dieser Weg hat in Rußland zum Erfolg geführt und in China. Und dieser Weg führt gegenwärtig in Vietnam, Laos und Kam-bodscha zum Erfolg.

Die Unidad Popular und die „Linksradikalen“

Gleichzeitig mit dem zunehmenden Zurückweichen der "Regierung der Volkseinheit" vor der Offensive der Kon-terrevolution steigert sie ihren Kampf gegen die "ultralin-ken Abenteurer". Wir berichteten bereits, daß die Führer der KP Chiles Allende drängen wollten, mit den Christde-mokraten Vereinbarungen über den Kampf gegen die "Rechts-und Linksextremisten" zu treffen. Dies ist gescheitert, weil die Vorstellungen der Allende-Regierung den Christ-demokraten noch nicht weit genug gingen. Es ist aber ty-pisch für die jüngste Entwicklung in Chile, daß die Führer der Unidad Popular sich immer häufiger der demagogi-schen Gleichsetzung von "linksradikal" und rechtsradikal bedienen. Das geht soweit, daß sie alle linken Kritiker der Allende-Regierung beschuldigen, mit der Reaktion ge-meinsame Sache zu machen.

Es ist richtig, daß es in Chile "linke" Gruppen gibt, die in Wirklichkeit Tarnorganisationen der Konterrevolution sind und den Auftrag haben, Provokationen anzuzetteln und Verwirrung unter den Arbeitern und Bauern zu stiften. Ein Beispiel dafür ist die "Vanguardia Organizada del Pueblo" (VOP - "Avantgardeorganisation des Volkes"), die mit pseudo-linkem Geschwätz auftritt und für die Ermordung des ehemaligen christdemokratischen Innenministers Edmundo Perez Zujovic verantwortlich ist. Die VOP ist - wie inzwischen aufgedeckt wurde - mit Rechtsradikalen und CIA-Agenten durchsetzt.

Dies diente der Allende-Regierung seitdem, alle von ihr so benannten "linksradikalen" Gruppen zu diffamieren. Das war nicht immer so. Zu Beginn der Unidad Popular hat die KP Chiles noch oft ausgeführt, daß trotz der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Linken der wirkliche Feind nicht aus den Augen gelassen werden dürfte und daß der "ideologische Kampf mit den Ultralinken brüderlich ausgetragen" (36) werden müsse. Erst seitdem die Konterrevolution ihre Angriffe ungeheuer verstärkte, nahmen auch die Diffamierungen der "ultralinken Abenteurer" von Seiten der Führer der Unidad Popular zu. Man muß dies wohl als eine Art Pilatus-Gericht verstehen: nachdem die Unidad Popular lange Zeit die von der Konterrevolution drohenden Gefahren heruntergespielt hat, wäscht sie jetzt ihre Hände in Unschuld und schiebt den Schwarzen Peter in bekannter sozialdemokratischer Manier den "Rechts- und Linksradikalen" zu, die diese Gefahren angeblich erst provoziert hätten.

Die am heftigsten von den Führern der Unidad Popular befahdene Gruppe auf der linken Seite ist die "Movimiento de Izquierda Revolucionario" (MIR - "Bewegung der revolutionären Linken"). Die MIR ist auch die bedeutendste der links von der Unidad Popular stehenden Gruppen. Sie hat unter dem armen Landproletariat einen gewissen Einfluß und auch unter einem Teil der Industriearbeiterschaft. Die MIR hat eine Reihe von Landbesetzungsaktionen, Hausbesetzungen und Fabrikübernahmen unterstützt und organisiert. Die Landbesetzungsaktionen können nur noch bewaffnet durchgeführt werden, da die Großgrundbesitzer militärische Privatruppen aufgestellt haben, die zum "Schutz des Privateigentums" bereits zahlreiche revolutionäre Bauern erschlagen und erschossen haben. Bei den Fabrikübernahmen verbindet die MIR die von ihr unterstützten und organisierten Aktionen zumeist mit der Forderung nach entschädigungsloser Enteignung. Die Verstaatlichungen, die von der Allende-Regierung durchgeführt werden, laufen hingegen zumeist auf eine recht "großzügige" Entschädigung der Kapitalisten aus den Steuergeldern des Volkes hinaus. Nur in Einzelfällen, wie z. B. bei den US-Kupferkonzernen Kennecott und Anaconda, hat die Allende-Regierung durch eine "Gegenrechnung" versucht, um diese Entschädigungszahlung herumzukommen. Wie die linksstehende chilenische Zeitung "Punto Final" allerdings vor drei Monaten meldete, sollen die US-Konzerne inzwischen "wieder neue Hoffnung gefaßt" haben, doch noch Gelder von der Regierung zu erhalten. Ein ehe-

maliger Minister der Allende-Regierung bemühe sich in Gesprächen mit dem US-Botschafter um eine "harmonische Lösung" dieser Frage. (37)

Besonders die mit Hilfe der MIR durchgeführten Landbesetzungsaktionen wurden von den herrschenden Klassen und den Rechtsparteien zum Anlaß genommen, die "Regierung der Volkseinheit" unter Druck zu setzen. Sie machten die Allende-Regierung für diese Aktionen verantwortlich und forderten ein Eingreifen der Regierung gegen die "linksradikalen Gruppen". Die Allende-Regierung ließ sich dadurch einschüchtern, anstatt sich auf die Seite des Rechts der armen Klassen zu stellen. Propagandistisch versucht die Unidad Popular die Bedeutung dieser Aktionen herabzumindern und zu verurteilen. So erklärte Pedro Fuentes in der "Weltbühne" vom 7. März 72: "Kaum 0,1 Prozent des angebauten Landes sind von diesen wilden Besetzungen betroffen." (38) Und Jorge Texier, Politbüromitglied der KP Chiles, verurteilte diese Landbesetzungsaktionen jüngst in einem Aufsatz über den "kleinbürgerlichen Revolutionarismus in Chile" als einen "durch nichts gerechtfertigten Angriff auf die kleinen (!) und mittleren Grundbesitzer", der die "politisch ungeschulten Bauern" desorientieren würde. (39) Andererseits hat die Regierung mittlerweile auch schon verschiedentlich ihre Polizei gegen die landbesetzenden Bauern und zum Schutz der Grundbesitzer eingreifen lassen.

Ursprünglich hat die MIR eine unentschlossene und tatsächlich mit einigen "linksradikalen" Fehlern behaftete Haltung gegenüber der Unidad Popular eingenommen. Einige Monate vor den Präsidentenwahlen vom September 1970 beschloß sie, "keine Wahlkampfaktivität im eigentlichen Sinne" zu entfalten. Sie zweifelte, daß die Unidad Popular einen Wahlsieg erringen könnte, und sollte das doch der Fall sein, so rechnete sie mit einem sofortigen Putsch der Rechten und des Imperialismus. Da sie generelle Einwände gegen das Programm der Unidad Popular und eine Kritik an diesem Bündnis wegen seines "rein parlamentarischen Charakters" hatte, wollte sich die MIR darauf konzentrieren, die Mobilisierung der Massen mit revolutionären Methoden voranzutreiben und direkte Aktionen zu entfachen, die mit dieser Mobilisierung verbunden sind. (40) Darunter wurde z. B. verstanden, Geldenteignungen bei größeren Konzernen und Banken durchzuführen. Das Geld würde dann in den proletarischen Slums an den Stadträndern von Santiago, Concepcion usw. verteilt. Dort leben Tausende von Menschen, die arbeitslos sind, und die, auch wenn sie mal einen Job haben, dennoch kaum davon ihr täglich Brot kaufen können. In diesen Stadtrand-Slums begann die MIR auch, eine Selbstverwaltung der dort lebenden Menschen und nachbarschaftliche Hilfe zu organisieren.

Noch während des Wahlkampfes begann die MIR dann, ihre "linksradikalen" Fehler zu korrigieren. Das führte im späteren auch zum Ausschluß einer kleinen Gruppe, die ihre super"linken" Aufstands-Theorien nicht aufgeben wollte. Die MIR verwarf ihre ursprüngliche Auffassung, die Massen zum Wahlboykott aufzurufen und rief stattdessen dazu auf, nicht für die Kandidaten der Christdemokraten (Tomic)

und der Nationalen Partei (Alessandri) zu stimmen. Bei den Gemeindewahlen im April 1971 rief sie die Massen dann konkret dazu auf, durch Stimmabgabe für die KP Chiles und für die Sozialistische Partei die Unidad Popular gegen die Angriffe der Rechten zu verteidigen.

Die MIR hat mit der Korrektur dieser Fehler natürlich nicht ihre grundsätzliche Haltung zum Programm der Unidad Popular aufgegeben, von dem sie nicht die Verwirklichung des Sozialismus in Chile erwartet. Sie hat den Wahlsieg der Unidad Popular deutlich als einen Schritt vorwärts bezeichnet, der gegen die Reaktion verteidigt werden muß. Sie hat andererseits ihre Auffassung klargestellt, wonach im Programm der Unidad Popular zu einem großen Teil die Interessen der chilenischen Bourgeoisie vertreten werden, die sich mit dieser Hilfe aus ihrer Abhängigkeit von den ausländischen Monopolen lösen will und die Beseitigung feudaler Produktionsstrukturen fordert, um "ihre" Industrie schneller aufbauen zu können.

Die MIR ist auch stets den Illusionen entgegengetreten, die von den Führern der Unidad Popular hinsichtlich eines Bündnisses mit Teilen der Bourgeoisie und hinsichtlich der Gefahr eines Putsches durch die ausländischen und einheimischen Konzerne verbreitet werden. In einer Erklärung, die das Generalsekretariat der MIR noch zwischen dem Wahlsieg der Unidad Popular im September 1970 und der Regierungsübernahme im November 1970 veröffentlichte, heißt es:

"Man kann nicht hoffen, daß wichtige Teile der Bourgeoisie sich mit der UP verbinden könnten, um eine antiimperialistische Politik zu entwickeln ... Unserer Meinung nach bestehen die herrschenden Klassen aus den Nordamerikanern und der einheimischen Industrie-, Finanz- und Agrarbourgeoisie. Wir anerkennen nicht eine Existenz von guten oder schlechten Unternehmern." (41)

In aller Klarheit warnte das Generalsekretariat der MIR schon damals vor übertriebener Zuversicht in die "völlige Niederlage" der Konterrevolution:

"Man muß deutlich den enormen Unterschied herausstellen, der zwischen dem momentanen politischen Rückzug der herrschenden Klassen (damit ist der Wahlsieg der Unidad Popular gemeint; d. Verf.) und einer strategischen Niederlage von ihnen besteht, die sehr weit davon entfernt ist, bereits vollzogen zu sein." (42)

Weiter wird erklärt:

"Ferner glauben wir, daß eine Verzögerung des Programms eine Gegenoffensive des Imperialismus und der Bourgeoisie provozieren wird, was zusammen mit den Energien und Wünschen, die auf Massenebene freigesetzt werden, eine schnelle Durchführung der Maßnahmen zwingend notwendig macht. Deshalb unterstützen wir aktiv die Maßnahmen, die das Programm der UP vorsieht, obwohl es nicht mit dem unseren identisch ist." (43)

Die Voraussagen des Generalsekretariats der MIR, wonach die Konterrevolution umso frecher vorgehen wird, wenn die

"Regierung der Volkseinheit" in der Durchführung der angekündigten Maßnahmen zögert und zurückweicht, scheinen sich gegenwärtig zu bestätigen. In der Erklärung des Generalsekretariats der MIR heißt es weiter:

"Gemäß den heute in Chile bestehenden Bedingungen stellt die Inbesitznahme der Regierung das Recht dar, die öffentlichen Ämter des Präsidenten, der Minister etc. zu besetzen durch Mitglieder der UP. Da aber der Staatsapparat, seine bürokratischen und militärischen Strukturen unverändert bleiben, kann man über sie nicht hinweggehen; sie bleiben weiterhin ein Herrschaftsinstrument und behalten ihre Klassenfunktion bei. Nach Lenin sind diejenigen, die tatsächlich regieren, die große Zahl mittlerer Funktionäre, der Technokraten, Bürokraten und Militärs in den Ministerien, Untersekretäre und Körperschaften etc., welche nur durch eine Revolution beseitigt werden können.

Ob man von einer 'Linksregierung' ausgehend zu vorgerückten Positionen auf dem Wege zum Sozialismus voranschreiten kann, hängt davon ab, ob man den kapitalistischen Staatsapparat zerstört oder ihn bestehen läßt; es hängt ferner ab von der effektiven Teilnahme der Massen, von der revolutionären Zusammensetzung der politischen Kräfte, die jenen Prozeß vorantreiben und von den Mitteln, die sie anwenden im Kampf gegen den Imperialismus und gegen das Finanz-, Industrie- und Agrarkapital. All das sichert die revolutionäre Ausrichtung dieses Prozesses und schließt mit Sicherheit eine bewaffnete Konfrontation zwischen den herrschenden Klassen und den Arbeitern ein." (44)

Die MIR hält an der Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung fest, wonach ein bewaffneter Kampf notwendig ist, um die herrschenden Klassen zu vertreiben. Freiwillig werden sie nicht gehen. Deshalb kommt es darauf an, die Arbeiter und Bauern darauf vorzubereiten, ideologisch und praktisch. Das erfordert die ständige Aufklärung (und kein Herunterspielen!) der aggressiven Absichten der Reaktion, die Mobilisierung und Organisation der Arbeiter und Bauern gegen die Pläne der herrschenden Klassen, die Aufstellung politischer Machtorgane, die direkt in den Händen der Arbeiter und Bauern liegen, und die Unterrichtung der Arbeiter und Bauern im bewaffneten Kampf. Die MIR versucht diese Aufgaben unter immer heftigeren Anschlägen der Reaktion und unter zunehmenden Repressionen seitens der Allende-Regierung wahrzunehmen.

Besondere Bedeutung kommt dabei gegenwärtig den Landbesetzungen zu. Durch die "weißen Gärten" der Großgrundbesitzer wurde die MIR gezwungen, dort bereits mit dem bewaffneten Kampf zu beginnen.

Die "weißen Gärten" sind besonders zahlreich im Gebiet zwischen Osorno und Temuco, ein Gebiet, das den Mapuche-Indianern gehörte und dann vor allem von "deutschstämmigen" Großgrundbesitzern "kultiviert", d. h. unter sich aufgeteilt wurde.

Nach Angaben der MIR kontrollieren die aus den armen



Bewaffnete Landarbeiter verteidigen das von ihnen beschlagnahmte Land gegen die "weißen Garden" der Großgrundbesitzer

Bauern zusammengestellten bewaffneten Einheiten heute bereits das ganze Grenzgebiet zwischen Temuco und Talca. Im Küstengebiet und im zentralen Tal ist ihr Einfluß noch nicht so groß.

In einem Interview, das "Le Monde" Anfang Juni wiedergab, berichtete ein Genosse der MIR, daß der Erfolg ihrer Arbeit in diesem Gebiet recht gut sei und man sich nun den ernststen Problemen der Organisation zuwenden müsse. In der Tat besteht bei der völlig revisionistischen und in letzter Konsequenz bürgerlichen Politik, die die Parteien der Unidad Popular betreiben, die unbedingte Notwendigkeit, daß die chilenischen Arbeiter und Bauern sich in ihren Kämpfen eine Organisation schaffen, die ihren Kampf auf revolutionäre Weise anzuleiten versteht. Die MIR kann diese Aufgabe insgesamt noch nicht wahrnehmen. Ihr Einfluß bleibt gegenwärtig noch auf relativ kleine Gebiete begrenzt und die chilenischen Arbeiter und Bauern können ihr auch noch nicht volles Vertrauen entgegenbringen, weil sie einerseits noch lange keine ausreichenden Erfahrungen mit der zum Scheitern verurteilten Politik der Unidad Popular gemacht haben und andererseits die MIR erst eine sehr junge Organisation ist, die sich erst durch beharrliches Ringen das Vertrauen der chilenischen Arbeiter und Bauern erkämpfen und verdienen muß.

Wie schwach der Einfluß der MIR trotz begrenzter Erfolge insgesamt noch ist, zeigen die Gewerkschaftswahlen. Die Zahlen, die bislang bis zu uns durchgedrungen sind, besagen, daß die MIR nur rund 2% der Stimmen erringen konnte.

Aus der Geschichte lernen!

Es gab schon einmal eine Volksfront-Regierung in Chile und man tut gut daran, sich die damaligen Erfahrungen in Erinnerung zu rufen.

Das erste Bündnis wurde auf Initiative der Kommunistischen Partei im März 1936 geschlossen. Neben der KP gehörten die Sozialisten, Sozialdemokraten, die Radikale Partei und die Gewerkschaften dazu. Nach einem gescheiterten Putschversuch der chilenischen Nazis im September 1938 errang das Volksfront-Bündnis einen eindeutigen Wahlsieg. Regierungspräsident wurde Pedro Aguirre Cerda, der dem rechten Flügel der Radikalen Partei angehörte. Die KP war zwar am Bündnis beteiligt und unterstützte die Regierung, stellte selbst aber keine Minister.

Diese erste Volksfront zerbröckelte schnell wieder. Zuerst, 1940, trat der Gewerkschaftsverband aus. 1943 zogen die Sozialisten sich aus der Regierung zurück und richteten fortan heftige Angriffe gegen die KP. Dies geschah, nachdem sich in der Sozialistischen Partei eine neue Führungsgruppe durchgesetzt hatte, an deren Spitze Salvador Allende Gossens stand - der heutige Präsident einer neuen Volksfront-Regierung.

1946 wurde die Volksfront wiederbelebt. Es wurde eine neue Regierung unter Gabriel Gonzalez Videla gebildet, die von der KP, der Radikalen Partei und den Liberalen unterstützt wurde. Gonzalez gehörte wie Aguirre den Radikalen an. Die KP erhielt erstmalig auch drei Ministerposten - allerdings nicht lange. 1948 warf der "Bündnispartner" Gonzalez sie aus der Regierung raus und ließ die KP verbieten. Dieses Verbot wurde erst 1958 nach zehnjähriger Illegalität wieder aufgehoben. Der Rest der "Volksfront" (ohne Kommunisten) regierte bis 1952 weiter. Danach folgten 12 Jahre offen reaktionäre Regimes, eine Zeit brutaler Unterdrückung des chilenischen Volkes. Diese Periode wurde 1964 durch die christdemokratische Frei-Regierung abgelöst, die mit ihrem demagogischen Konzept der "Revolution in Freiheit" einen Kurs der Scheinreformen und kleinen Zugeständnisse steuerte, der allerdings den Arbeitern und Bauern mehr Täuschung als Brot brachte.

Die Jahre von 1938 bis 1952, in der es zwei Versuche von "Volksfront"-Regierungen gab, führten zur Sanierung der alten Ausbeutungsverhältnisse. In dieser Zeit wurde die Wirtschaft zugunsten der herrschenden Klassen stabilisiert und die Industrialisierung gestärkt. Diese Jahre brachten aber noch nicht eine Loslösung von den imperialistischen Mächten des Auslands. Mit der gegenwärtigen Neuaufgabe der "Volksfront"-Regierung hofft die chilenische Bourgeoisie das gleiche Ziel zu erreichen, wobei wieder sehr ungewiß ist, ob es dieses Mal gelingt.

Ähnliche Erfahrungen wurden auch in anderen Ländern gemacht. Weder die Volksfront-Regierung in Spanien, die im Februar 1936 aufgrund eines überlegenen Wahlsiegs gebildet wurde, noch das Volksfront-Bündnis in Frankreich, das ein dreiviertel Jahr später siegte, brachten die Arbeiter in ihrem Kampf für den Sozialismus voran. Beide wurden, wie sämtliche (auch die gegenwärtige) Volksfront-Regierungen in Chile, in einer aktuellen Krise der herrschenden Klassen gebildet und führten zu nichts anderem, als zur Sanierung dieser Krise im Sinne der herrschenden Klassen.

Die spanische Volksfront-Regierung ließ sogar die ärgsten Feinde der Arbeiterbewegung, die Faschisten, ungeschoren, was dem spanischen Volk zum Verhängnis wurde. Im Juli 1936 begann in Spanien der Putsch faschistischer Truppen, der im März 1939 mit dem Einmarsch der Franco-Truppen in Madrid sein Ende fand. Der spanische Faschismus hat bis heute sein grausames Regiment über das spanische Volk aufrechterhalten können. Ebenso weigerte sich die französische Volksfront-Regierung unter dem Sozialdemokraten Léon Blum, dem spanischen Volk eine Unterstützung im Kampf gegen den Faschismus zu geben. Die Hilfe durch die Internationalen Brigaden, an denen sich proletarische Revolutionäre aus vielen kapitalistischen Ländern beteiligten, reichte nicht aus, um die Franco-Truppen und den mit ihnen verbündeten Hitler-Faschismus niederzuschlagen.

Die internationale Arbeiterbewegung hat bislang keinen einzigen längerdauernden Erfolg mithilfe von "Volksfront"-Regierungen hervorgebracht. Das liegt nicht daran, daß Volksfront-Bündnisse an sich schon schädlich wären. Sie können natürlich eine Unterstützung im Kampf für den Sozialismus bedeuten. Der Kern des Übels liegt in der Politik, die bis heute von jeder "Volksfront" betrieben wurde. Nicht die Verbesserung der Positionen im Kampf für den Sozialismus war ihr Ziel, sondern die Versöhnung mit den herrschenden Klassen, die "Stabilisierung" des bürgerlichen Parlamentarismus. Alle "Volksfront"-Regierungen scheiterten daran, daß sie das Konzept des "legalen Weges" über die bürgerlichen Parlamente verfolgten, daß sie die Arbeiterklasse gegen ihre Feinde politisch und militärisch ungerüstet ließen, daß sie den Grundpfeiler der kapitalistischen Herrschaft, die bürgerliche Staatsmaschine, nicht antasteten.

Die gegenwärtige "Regierung der Volkseinheit" in Chile

geht den gleichen Weg und wird ebenso scheitern, wenn nicht eine entschiedene Kursänderung herbeigeführt wird. Die Möglichkeiten dafür sind allerdings äußerst gering, da die bürgerliche Linie in der Unidad Popular eine eindeutig beherrschende Stellung einnimmt. Die chilenischen Arbeiter und Bauern werden die Freiheiten, die ihnen unter der Allende-Regierung gegeben sind, ausnutzen und die Unidad Popular gegen die Offensive der Konterrevolution verteidigen müssen. Aber ein endgültiger Sieg über die herrschenden Klassen ist mit der Unidad Popular nicht zu erwarten.

Absage an alle Abenteuer

Der Wahlsieg der Unidad Popular im Herbst 1970 und die ersten von der Allende-Regierung durchgeführten Maßnahmen dienten den Revisionisten aller Länder dazu, ihre falsche Theorie zum "friedlichen Übergang" zum Sozialismus zu "untermauern". In Frankreich hat sich im Juni dieses Jahres nach chilenischem Muster ein "Volksfront"-Bündnis gebildet, dem mittlerweile die französische Kommunistische Partei (PCF), die Sozialistische Partei und der "linke" Flügel der Radikalen Partei angehören. Dieses Bündnis richtet seine gesamte Politik auf einen Sieg bei den kommenden Parlamentswahlen im Frühjahr 1973 aus. Wie in Chile werden dabei die französischen Arbeiter an parlamentarische Illusionen gebunden.

Die DKP hat in der Bundesrepublik ebenfalls den "chilenischen Weg" hochgejubelt und für ihr Konzept der "demokratischen Erneuerung" auszuschlachten versucht. Seitdem das Scheitern des "legalen Weges" in Chile immer offenkundiger wird, tritt die Propaganda der DKP über die Entwicklung in Chile zunehmend in den Hintergrund und macht einer Glorifizierung des französischen "Volksfront"-Bündnisses Platz. Die DKP-Führung hat die westdeutschen Arbeiter und ihre eigenen Genossen über die tatsächlichen Schwierigkeiten der Unidad Popular und über die von der Konterrevolution drohende Gefahr getäuscht. Seit einiger Zeit übt die DKP-Zeitung UZ sich zunehmend im Verschweigen der Gefahren, denen sich das chilenische Volk gegenüber sieht. Erscheint aber doch noch einmal ein kurzer Artikel zur Entwicklung in Chile in der UZ, dann wird übel heruntergespielt, wie etwa in der Ausgabe 36 vom 1. September 72. Der Artikel trug die Überschrift: "Chile braucht die feste Volkseinheit - Die Werktätigen stehen zur Unidad Popular". Darin heißt es zur gegenwärtigen Situation:

"Richtig ist, daß die Unidad Popular und das werktätige Volk Chiles in der Tat mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Schwierigkeiten, die aus der jüngsten Vergangenheit herrühren, als US-Monopole im Verbund mit den chilenischen Großgrundbesitzern Land und Leute bis aufs Blut aussaugten. Darum, daß diese Schwierigkeiten nicht abreißen, bemühen sich heute die internationale und die einheimische Reaktion ... Als



Allende

Handlanger der Reaktion erweisen sich verstärkt abenteuerliche ultralinke Gruppen um die MIR (linke revolutionäre Bewegung), die, obwohl an der Zahl unbedeutend, mit provokatorischen Landbesetzungen bei kleinen und mittleren Eigentümern sowie durch Aufrufe zum bewaffneten Kampf die Volkseinheit schwächen wollen.

Die Werktätigen Chiles geben auf all das ihre eigene

Antwort: Sie leisten hervorragendes in der Produktion (!!).

Galanter kann man kaum noch um die tatsächlichen Gefahren in Chile und um die falsche Linie der Unidad Popular herumreden. Die Gefahren und "Schwierigkeiten" sind eben keine der "jüngsten Vergangenheit", was den Eindruck erwecken soll, sie seien "schon so gut wie überwunden" und würden "von Tag zu Tag kleiner". In Nachbeterei des opportunistischen Kurses der Unidad Popular werden Landbesetzungen als "provokatorisch" bezeichnet (das sagt auch die Konterrevolution) und die Vorbereitung auf die bewaffnete Abwehr der Konterrevolution als "Schwächung der Volkseinheit" und "Handlangerdienste der Reaktion" verteufelt. Der Gipfel der Demagogie liegt in der Behauptung (die wohl mehr den Charakter einer zynischen "Empfehlung" hat), daß die Werktätigen Chiles die Gefahren durch "hervorragende Leistungen in der Produktion" abwehren. Wann werden die DKP-Führer wohl dazu übergehen, auch dem vietnamesischen Volk zu empfehlen, die USA-Aggressoren mit einer "Produktionsschlacht" abzuwehren?! Bei einer "politischen Lösung am Verhandlungstisch" sind sie ja schon angelangt, wobei sie nie begreifen wollten, daß die vietnamesischen Genossen ihre Pariser Friedensverhandlungen auf die Erfolge des revolutionären Volkskriegs aufbauen, und daß die "Lösung" im bewaffneten Kampf in Vietnam errungen wird und eines Tages nur ihre Anerkennung durch Verhandlungsabschluß findet.

Die Arbeiterklasse wird nicht gewinnen, sondern verlieren, wenn sie den parlamentarischen Illusionen folgt. Das lehrt die gegenwärtige Entwicklung in Chile. Diese Illusionen trotz aller Erfahrung zu nähren, wie es die Konzepte der Revisionisten von "demokratischer Erneuerung" und vom "legalen Weg" tun, bedeutet, die Arbeiter in lebensgefährliche Abenteuer zu schicken.

Sofort bestellen!

Ein Abonnement - 6 Ausgaben - des ARBEITERKAMPF
- der überregionalen Arbeiterzeitung des
Kommunistischen Bundes - kostet DM 4,80 (incl. Porto)

Zu beziehen über
VERLAG ARBEITERKAMPF
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Zahlung bitte im Voraus auf das
Postscheckkonto HAMBURG 240 595 J. Reents



ZITAT - NACHWEIS

- (1) Luis Corvalan, 50 Jahre Kampf für das Glück des Volkes; Nachgedruckt in: Informationsbulletin (Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien), Nr. 2 - 1972, S. 27 (Wien)
- (2) zit. n. Heinz Rudolf Sonntag, Revolution in Chile; Ffm. 1972, S. 213
- (3) L. Corvalan, a.a.O., S. 21
- (4) vgl. Informationsbulletin, Nr. 6/7 - 1972, S. 51 f
- (5) Programm der Volkseinheit vom Dezember 1969 (Auszüge), in: H.R. Sonntag, a.a.O., S. 239 ff
- (6) ebd., S. 247
- (7) Resolution des XIV. Parteitages der KP Chiles, nachgedruckt in: Anti-imperialistisches Informationsbulletin (Informationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas), Marburg, Nr. 5, November 1970, S. 5 - 10
- (8) V. Teitelboim, zit. nach H.R. Sonntag, a.a.O., S. 215
- (9) zit. nach H.R. Sonntag, a.a.O., S. 218
- (10) Resolution...., a.a.O., s. 7
- (11) Programm..... (Auszüge), in: Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 5/1970, S. 11
- (12) zit. nach H.R. Sonntag, a.a.O., S. 139
- (13) zit. nach Antimperialistisches Informationsbulletin, 5/1970, S. 11
- (14) ebd.
- (15) V. Teitelboim, Die Besonderheiten unserer Revolution; Informationsbulletin, Nr. 4- 1972, S. 46/47
- (16) zit. nach H.R. Sonntag, a.a.O., S. 138
- (17) s. Anm. (5)
- (18) zit. nach H.R. Sonntag, a.a.O., S. 143
- (19) ebd., S. 145/146
- (20) Grundlagen des Marxismus - Leninismus, Lehrbuch, Berlin (DDR), 1960, S. 323
- (21) Programm.... (Auszüge), in H.R. Sonntag, a.a.O., S. 245/246
- (22) L. Corvalan, 50 Jahre Kampf für das Glück des Volkes, a.a.O., S. 20
- (23) ebd., S. 26
- (24) ebd., S. 19

- (25) zit. nach H.R. Sonntag, a.a.O., S. 247
- (26) zit. nach H.R. Sonntag, a.a.O., S. 231/232
- (27) ebd. S. 232
- (28) ebd. S. 233
- (29) Resolution.... "a.a.O., S. 6
- (30) zit. nach H.R. Sonntag, a.a.O., S. 222
- (31) L. Corvalan, Chile: Das Volk kommt an die Macht; nachgedruckt in :
Einheit (hrsg. vom ZK der SED), Nr. 1 - 71, S. 92
- (32) Juan Bosch, Der Pentagonismus oder Die Ablösung des Imperialismus?,
Reinbek 1969, S. 74
- (33) L. Corvalan betont sogar ganz ausdrücklich, daß sich die Unidad Popular
dafür einsetzt, den "nationalen und professionellen Charakter (der Armee)
zu festigen". Vgl. L. Corvalan, Chile: Das Volk kommt an die Macht,
a.a.O., S. 92
- (34) Lenin, Briefe aus der Ferne, Brief 13: Über die proletarische Miliz;
Werke Band 23, S. 240
- (35) Lenin, Offener Brief an die Delegierten des Gesamtrussischen Kongresses
der Bauerdeputierten; Werke Bd. 24, S. 369
- (36) vgl. Boris/Ehrhardt, Ein Jahr Unidad Popular in Chile; in: Blätter für
deutsche und internationale Politik, Heft 10/1971, S. 1040
- (37) zit. bei Manuel Cabieso Donoso, Von Lo Curro zu den Gewerkschaftswahlen,
nachgedruckt in: Beilage zur Arbeiterpolitik Nr. 4/72
- (38) Pedro Fuentes, Die Warnung Allendes; in: Die Weltbühne, Berlin (DDR)
Nr. 10/1972, S. 310
- (39) Jorge, Texier, Kleinbürgerlicher Revolutionarismus in Chile, in: Probleme des
Friedens und des Sozialismus, Nr. 7 - 1972, S. 943
- (40) Stellungnahme des Generalsekretariats der MIR, Okt. 1970; nachgedruckt
in: Rotes Blatt München, Nr 23/24 (1971), S. 22.
- (41) ebd., S. 16/19
- (42) ebd., S. 24
- (43) ebd., S. 20
- (44) ebd., S. 18/19

IMPRESSUM

Druck und Verlag : Jürgen Reents
VERLAG ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Auflage : 5000

Verantwortlicher Redakteur: Kai Ehlers, Verlagsadresse